



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM
FÜR INTEGRATION, FAMILIE,
KINDER, JUGEND UND FRAUEN

RHEINLAND-PFALZ UNTERM REGENBOGEN

Bericht zum Stand der Umsetzung des
Landesaktionsplans
2015



Inhalt

Vorwort.....	1
Anmerkungen zu geschlechtersensiblen Schreibweise	2
1. Der Landesaktionsplan “Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“	2
2. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle in Rheinland-Pfalz – Erkenntnisse aus der Online-Studie 2013.....	2
2.1. Soziodemografische Daten	7
2.2. Diskriminierungs- und Benachteiligungserfahrungen	9
2.3. Gesellschaftliche Teilhabe	12
2.4. Vergleichbare Ergebnisse auf Bundes- und EU-Ebene.....	14
3. Umsetzung des Maßnahmenkatalogs im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“.....	17
3.1. Handlungsfeld Arbeitswelt.....	17
3.1.1. Bereich Öffentlicher Dienst.....	17
3.2.2. Bereich Privatwirtschaft	19
3.2. Handlungsfeld Rechtspolitik und Polizei.....	20
3.3. Handlungsfeld Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung.....	22
3.4. Handlungsfeld Gesundheit, Alter und Pflege.....	23
3.5. Handlungsfeld Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	24
3.6. Handlungsfeld Gesellschaft und Gedenkkultur.....	26
3.7. Handlungsfeld Sport	28
3.8. Handlungsfeld Familie, Kinder und Jugend	29
4. Öffentlichkeitsarbeit als zentraler Schwerpunkt der Akzeptanzarbeit.....	30
5. Entwicklung der Landesmittel zur Akzeptanzarbeit von LSBTTI	34
6. „Nichts über uns ohne uns“ – Beitrag von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.	35
7. Zusammenfassende Bewertung und Ausblick	44



Inhalt

Anhang.....	49
-------------	----

Vorwort



Am 29. Januar 2013 hat der Ministerrat den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ einschließlich der Zielvereinbarung mit QueerNet-Rheinland-Pfalz e.V. beschlossen und das federführende Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen beauftragt, nach zwei Jahren über die Fortschritte zum Landesaktionsplan zu berichten.

Mit dem vorliegenden Bericht komme ich dieser Anforderung nach.

Der Bericht informiert über die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTTI) in Rheinland-Pfalz auf Grundlage der 2013 durchgeführten Online-Studie. Vorgestellt werden soziodemografische Daten und Benachteiligungserfahrungen aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität.

Beispielhaft werden strukturverändernde und herausragende Maßnahmen der Landesregierung zur rechtlichen Gleichstellung und Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTTI in den Handlungsfeldern des Landesaktionsplans beschrieben und der Bezug zu den im Landesaktionsplan beschriebenen Zielperspektiven und Selbstverpflichtungen dargestellt. Darüber hinaus geht der Bericht auf die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit als zentralen Schwerpunkt der Akzeptanzkampagne ein. Über den Beitrag zum Gelingen des Landesaktionsplans durch QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. informiert ein eigener Bericht.

Abschließend erfolgen eine zusammenfassende Bewertung und ein Ausblick auf weiteren Handlungsbedarf zur nachhaltigen Förderung von rechtlicher Gleichstellung und gesellschaftlicher Akzeptanz von LSBTTI. Die Liste aller Maßnahmen der Landesregierung ist im Anhang aufgeführt.

Nach rund zweijähriger Arbeit bewerte ich den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ als ein erfolgreiches Instrument gesellschaftlicher Akzeptanzarbeit, das sich mit seinen Ansätzen des top-down durch die Landesregierung und des bottom-up in Form der Zielvereinbarung und der Beteiligung der LSBTTI-Gruppen in der Arbeit gegen Diskriminierung und für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt bewährt hat. Der Landesaktionsplan stellt damit eine gute und praktikable Grundlage für die noch vor uns liegende Arbeit dar.

Ich danke der Staatskanzlei, den Ressorts, QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., den gesellschaftlichen Gruppen und allen Beteiligten, die an der bisherigen Umsetzung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ engagiert mitgewirkt haben. Besonders würdigen möchte ich die Arbeit der Fachabteilung, Herrn Lohest, Frau Brixius-Stapf und Herrn Hoffmann. Ohne deren großes Engagement wären wir bei vielem noch lange nicht so weit.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'I' followed by the name 'Irene Alt' in a cursive script.

Irene Alt

Ministerin für Integration, Familie, Kinder,
Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz

Anmerkungen zu geschlechtersensiblen Schreibweise

Der politische Schwerpunkt der Landesregierung „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere¹ Lebensweisen“ vertieft die Berücksichtigung der Belange von Lesben und Schwulen und erweitert den Fokus auf Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle. Diese Erweiterung hat Konsequenzen bis in die sensible Sprachwahl. Insoweit weichen wir auf Anregung der LSBTTI-Selbstvertretungsorganisationen bei Veröffentlichungen im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ von den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift über die geschlechtsgerechte Amts- und Rechtssprache ab. Stattdessen wenden wir die geschlechtersensible Schreibweise mit einem Unterstrich (z.B. Kolleg_innen), dem sogenannten „Gender Gap“, an.

Damit wird die Vielfalt im Bereich der Geschlechter ausgedrückt und verdeutlicht, dass neben Frauen und Männern auch trans- und intersexuelle Geschlechtsidentitäten existieren. Bei trans- und intersexuellen Menschen hat sich als allgemein akzeptierte Selbstbezeichnungen „trans*“ und „inter*“ (adjektivisch) beziehungsweise „Trans*Personen“ und „Inter*Personen“ (Subjektform) durchgesetzt. Das Sternchen soll mögliche Selbstbezeichnungen

einschließen, wie zum Beispiel intersexuell, transgender, transsexuell oder Zwitter.

¹ „Queer“ bezeichnet als Adjektiv Dinge, Handlungen oder Personen, die von heteronormativen Regeln oder der zweigeschlechtlichen Norm abweichen.

1. Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“

Im Koalitionsvertrag „Den sozial-ökologischen Wandel gestalten“ Rheinland-Pfalz 2011 bis 2016 bekräftigen die die Landesregierung tragenden Parteien der SPD, Landesverband Rheinland-Pfalz, und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Rheinland-Pfalz, ihr Engagement zur Bekämpfung von Benachteiligungen aufgrund verschiedener Merkmale. Dazu gehören auch Diskriminierungen wegen der sexuellen Identität und des Geschlechts.

Ziele und Bestandteile

Mit dem Landesaktionsplan setzt die Landesregierung die unter dem neuen politischen Schwerpunkt „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ formulierten Ziele um:

- Verwirklichen der Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- Erlangen der vollen rechtlichen Gleichstellung, unter anderem bei der Ehe und im Adoptionsrecht,
- Stärken der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTTI.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ besteht aus drei Bereichen: dem Maßnahmenplan, der Förderung von und der Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. sowie der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Kern des Landesaktionsplans ist der Maßnahmenkatalog, der alle Aktivitäten der einzelnen Ressorts der Landesregierung umfasst, die ergriffen werden, um die genannten Ziele erreichen zu können.

Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bildet eine Querschnittsaufgabe, die Bestandteil vieler Einzelmaßnahmen ist, aber auch den Landesaktionsplan insgesamt umrahmt.

Die Vernetzung mit und Beteiligung von queeren Interessensvertretungen, insbesondere QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., schafft die Basis des gemeinsamen Wirkens von Landesregierung und LSBTTI-Community, ohne die eine Annäherung an die gesetzten Ziele nicht möglich wäre. Darin kommt auch das Partizipationsprinzip der Landesregierung nach dem Motto „Nichts über uns – ohne uns“ zum Ausdruck.

Entwicklungsprozess

Zur Erarbeitung des Maßnahmenplans hat das federführende Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen ein Umsetzungskonzept entwickelt, das am 12. Dezember 2011 in der Staatssekretärskonferenz abgestimmt wurde. Die Staatskanzlei und die Ressorts wurden gebeten, jeweils eine Ansprechperson zu benennen und Maßnahmen aufzuzeigen, die zur Akzeptanzförderung der Vielfalt

sexueller Identitäten umgesetzt wurden beziehungsweise geplant sind. Von Februar bis Mai 2012 hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Gespräche mit den Ressorts über die geplanten Maßnahmen geführt und weitere Anregungen diskutiert. Aus den Ergebnissen entstand der Maßnahmenplan mit acht Handlungsfeldern.

Nachdem die Queer-Community im Rahmen eines Workshops am 20. August 2012 die Möglichkeit hatte, Anregungen und Vorschläge zu Handlungsfeldern, Zielen und Aktivitäten des Maßnahmenplans hinzuzufügen, wurde der Maßnahmenplan mit allen Ressorts abgestimmt.

Am 29. Januar 2013 hat der Ministerrat den gesamten Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ beschlossen, für die gesamte Landesregierung und die nachgeordneten Behörden als verbindlich erklärt und auf der Homepage von „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ veröffentlicht.

2. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle in Rheinland-Pfalz – Erkenntnisse aus der Online-Studie 2013

Vor Online-Studie nur allgemeine Erkenntnisse über LSBTTI in Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen hat im Jahr 2012 eine Online-Studie zur Lebenssituation von LSBTTI in Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben, in der von Juni bis Ende September 2013 soziodemografische Daten sowie Benachteiligungserfahrungen dieser Bevölkerungsgruppe erhoben wurden.

Das Datenmaterial, das bis zu diesem Zeitpunkt vorlag, stammt aus Studien, deren Hauptaugenmerk auf ausgewählten Aspekten von LSBTTI lag, auf einzelne LSBTTI-Gruppen gerichtet war oder die einen bestimmten regionalen Zuschnitt aufwiesen.

Die Lebensentwürfe und Lebenssituationen von LSBTTI sind so unterschiedlich wie die Personen selbst, auch wenn sich einige Gemeinsamkeiten und Tendenzen ausmachen lassen. LSBTTI sind einerseits genauso wie alle anderen Menschen individuell und verschieden, weisen aber dennoch besondere Bedürfnisse und Problemlagen auf, die sich insbesondere aus Benachteiligungen ergeben, die sie aufgrund ihrer sexuellen beziehungsweise geschlechtlichen Identität erfahren.

Es war daher notwendig, über eine breit angelegte Umfrage Informationen über LSBTTI in Rheinland-Pfalz zu erlangen.

Ziel: Hinweise für politische Planung erlangen

Die Online-Studie hatte zum Ziel, Hinweise für eine politische Planung sowie für konkrete Maßnahmen bezüglich der Förderung der Akzeptanz und Gleichstellung von queeren Lebensweisen zu geben. Im Sinne einer ersten explorativen Befragung sollten Erkenntnisse zu Wahrnehmungen und Auffassungen der Teilnehmenden gewonnen werden.

Nicht repräsentativ, aber aussagekräftig

Die im Rahmen der Studie befragten Personen sind nicht als repräsentativer Querschnitt der LSBTTI-Gruppen anzusehen. Sie wurden in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. über Netzwerke der Community sowie auf LSBTTI-Veranstaltungen zur Teilnahme eingeladen und sind folglich in überwiegendem Maße bereits „out“, d.h. sie leben ihre geschlechtliche beziehungsweise sexuelle Identität zumindest in Teilen offen. Zudem verfügen alle Teilnehmenden über bestimmte Ressourcen, die diese Teilnahme erst ermöglichten, wie deutsche Sprachkenntnisse, einen wie auch immer

gearteten Zugang zur Community sowie einen Internetanschluss.

Insgesamt wurden 601 Online-Fragebögen eingesandt. Davon gingen 592 Fragebögen in die Auswertung ein. 420 Teilnehmer_innen der Umfrage (70,9%) wohnen in Rheinland-Pfalz, 81 Personen (13,7%) leben in einem angrenzenden Bundesland und halten sich oft in Rheinland-Pfalz auf. Diese 501 Fragebögen wurden detailliert ausgewertet; die Darstellungen im Folgenden beziehen sich – sofern nicht ausdrücklich anders beschrieben – auf diese Antworten. Die Aussagen von weiteren 91 Personen (15,4%), die in einem anderen Bundesland wohnen, wurden als Vergleichsgrößen für ausgewählte Fragestellungen herangezogen.

2.1. Soziodemografische Daten

Vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten

Die Teilnehmenden gaben 16 verschiedene Selbstbezeichnungen für ihre geschlechtliche und zwölf für ihre sexuelle Orientierung an. Um verallgemeinernde Aussagen und Vergleiche zu ermöglichen, wurde eine Kategorisierung in sechs Identitätsgruppen vorgenommen. Demnach sind 250 Teilnehmende schwul (49,9%), 140 lesbisch (27,9%), 56 bisexuell (11,2%), 37 trans* (7,4%) und 5 inter* (1%). Weitere 13 Personen (2,6%), die anhand ihrer Selbstbezeichnung nicht ei-

ner dieser fünf Gruppen zugeordnet werden konnten, sind in der Kategorie „andere“ zusammengefasst.

Stadt bevorzugter Wohnort

Die größte Gruppe der Teilnehmenden (55%) wohnt in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner_innen. Insgesamt fast ein Viertel von ihnen lebt in kleineren Kommunen mit unter 10.000 Einwohner_innen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz - nur 14,5% leben in den vier Städten mit über 100.000 Einwohner_innen - war für die Befragten eine Großstadt somit deutlich häufiger der Lebensmittelpunkt.

Insgesamt relativ junge Teilnehmende

Die größte Alterskohorte der Befragten bilden mit 33,7% Personen zwischen 20 und 29 Jahren. Gut ein Viertel (26,7%) der Teilnehmenden gab ein Alter zwischen 30 und 39 Jahren an und 4,4% der Befragten sind der Altersgruppe unter 20 zuzurechnen. 10,4% der Befragten sind in einem Alter von 50 bis 59 Jahren und 1,8% sind 60 Jahre und älter. Die Teilnehmenden sind folglich zu zwei Dritteln unter 40 Jahre alt und somit relativ jung.

Innerhalb einzelner Identitätsgruppen weicht die Altersverteilung vom Gesamtbild ab: Während die größte Alterskohorte der Lesben und der Bisexuellen ein Alter von 20 bis 29 Jahren aufweist, finden sich die meisten Trans*- und Inter*Menschen in der Kohorte von 50 bis 59 Jahren.

Hoher Bildungsstand

Gut die Hälfte der Befragten (51%) verfügt über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss und rund ein Viertel (26,6%) hat Fachabitur oder Abitur. Die Teilnehmenden verfügen somit über einen im Landesvergleich überdurchschnittlich hohen Bildungsstand. Lesben machen mit 59,3% den größten Anteil an Personen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss aus, während unter den Trans*Menschen der Anteil derjenigen mit Hauptschulabschluss (18,9%) am höchsten ist.

Hauptsächlich Studierende und Angestellte

Die größte Gruppe der Befragten sind angestellte Beschäftigte (38%), Studierende bilden die nächstgrößere Gruppe (21%). Besonders hoch liegt der Anteil der Studierenden bei den Menschen in der Gruppe „andere“ (76,9%). Unter den Trans*Menschen sind die Anteile an Studierenden und an Erwerbslosen gleich (18,9%). Während 6,6% der Teilnehmenden in einer leitenden Position arbeiten und 12% verbeamtet sind, liegt der Anteil der erwerbslosen Befragten bei 3,4%. Ausschließlich in der Gruppe der Lesben finden sich Personen in Elternzeit. Im Ruhestand befinden sich lediglich 2,2%. Dieser im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung von Rheinland-Pfalz niedrige Prozentsatz sowie der hohe Anteil an Personen in Studium und Ausbildung (24,2%) spiegeln das insgesamt relativ junge Alter der Befragten wider.

Breite Einkommensspreizung

Unter den Befragten ist die Einkommensspreizung höher als in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Während knapp die Hälfte der Teilnehmenden an der Umfrage ein Haushaltsnettoeinkommen von monatlich über 2.000 € zur Verfügung hat, trifft dies nur für 37,6% aller Rheinland-Pfälzer_innen zu. Hingegen muss mehr als ein Viertel der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von maximal 900 € auskommen, im Vergleich zu 13,2% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung.

Dieser hohe Anteil an niedrigen Einkünften steht vermutlich unter anderem in Zusammenhang mit den 28 Prozent der Teilnehmenden, die sich in einer Ausbildung beziehungsweise in einem Studium befinden oder erwerbslos sind (knapp 28%). So ist der Anteil der Personen, die ein Nettohaushaltseinkommen von unter 900 € im Monat angeben, in der Identitätsgruppe „andere“, die den höchsten Studierendenanteil aufweist, besonders hoch (85%).

In der Gruppe der Trans*Menschen hat ein vergleichsweise hoher Anteil von 40,5% ein geringeres Haushaltseinkommen als 900 € im Monat. Schwule und Lesben verfügen dagegen insgesamt über ein höheres Haushaltseinkommen: Der Anteil der Befragten, die monatlich mehr als 2.000 € zur Verfügung haben, liegt hier bei 55,8%, beziehungsweise 50%.

Regenbogenfamilie – erstrebenswerter Lebensentwurf

Die gelebten Beziehungsformen sind sehr vielfältig. Die Mehrheit der Befragten lebt in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung oder als Single, knapp 17% führen eine eingetragene Lebenspartnerschaft. In der Gruppe der lesbischen Frauen ist der Anteil der „verpartnerten“ Personen am höchsten.

54 Befragte (ca. 11%) leben mit Kindern zusammen. Bei 18 Personen ist das Kind bzw. sind die Kinder in die aktuelle homosexuelle Partnerschaft hineingeboren, bei etwa der Hälfte der Personen mit Kindern stammen diese aus einer ehemaligen heterosexuellen Beziehung. Die Kinder wachsen zumeist in der aktuellen Partnerschaft auf (55,6%) oder in einer Queer Family (20,37%), in der sich beispielsweise die lesbische Mutter und der schwule Vater mit ihren jeweiligen Partner_innen gemeinsam um die Kinder kümmern.

64 Personen (13%), davon mehr als zwei Drittel Lesben und Schwule, wollen derzeit einen Kinderwunsch realisieren. Ihr Anteil ist somit höher als der derjenigen, die bereits Kinder haben. Er übersteigt zudem um mehr als das Dreifache die Anzahl der 18 Personen, die sich gemeinsam mit ihren gleichgeschlechtlichen Partner_innen für ein Kind entschieden hatten. Die „Regenbogenfamilie“ stellt demnach offenbar für eine steigende Anzahl von Lesben und Schwulen einen erstrebenswerten Lebensentwurf dar.

2.2. Diskriminierungs- und Benachteiligungserfahrungen

Die Teilnehmenden wurden sowohl allgemein zu ihren Diskriminierungserfahrungen befragt als auch bezüglich einzelner gesellschaftlicher Bereiche, wie beispielsweise der Schule, der Arbeitswelt sowie im Umgang mit Polizei und Behörden.

Es wurde deutlich, dass einzelne Identitätsgruppen stärker von Diskriminierungen betroffen sind als andere. Zudem ist die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich ausgeprägt. So haben insgesamt gut 40% aller Teilnehmenden die allgemeine Frage, ob sie schon mindestens einmal eine Benachteiligung erlebt haben, verneint. Im Gesundheitswesen und auf Ämtern und Behörden haben 58% beziehungsweise 57% noch nie negative Erfahrungen gemacht, während dies in der Schule nur für knapp 25% zutrifft. Die Angaben von Trans*Menschen und Inter*Menschen sind allerdings weitestgehend stärker von negativen Erfahrungen geprägt und weichen von diesem Gesamtbild mitunter erheblich ab.

Höhere gesellschaftliche Akzeptanz für homosexuelle Menschen

Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Entwicklung hin zu einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz und zu rechtlichen Verbesserungen

rungen zumindest für homosexuelle Menschen vollzogen hat. Da die Online-Umfrage mit dem Ziel durchgeführt wurde, Hinweise für eine politische Planung sowie für konkrete Maßnahmen bezüglich der Förderung der Akzeptanz und Gleichstellung von queeren Lebensweisen zu erhalten, werden im Folgenden insbesondere die kritischen Ergebnisse dargestellt.

Diskriminierungserfahrungen

293 Personen (58,5%) beantworteten die allgemeine Frage, ob sie aufgrund ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität Benachteiligungen erlebt haben, mit „ja“. Der größte Teil von ihnen erlebte Diskriminierungen im öffentlichen Raum (39%, bezogen auf die Gesamtheit der Befragten). Insgesamt sind oder waren rund 30% der Befragten während der Schulzeit mindestens einmal von Diskriminierungen betroffen. In der Schule ist jedoch – im Vergleich zu den anderen Orten, an denen Diskriminierungen erfahren wurden – der Anteil derjenigen, die dort *noch nie* Benachteiligungen erlebt haben, mit 13,8% aller Befragten am geringsten; gleichzeitig erleben hier mehr Befragte (11%) *regelmäßig* Benachteiligungen als an anderen Orten. Gut ein Viertel aller Teilnehmenden gab an, einmal oder öfter am Arbeits- oder Ausbildungsplatz benachteiligt worden zu sein.

Befragt nach der Art der erfahrenen Benachteiligung oder Diskriminierung gab über die Hälfte aller Befragten (53,1%) an,

verbale Herabsetzungen erlebt zu haben, etwa durch Witze über LSBTTI im Allgemeinen oder über sie persönlich, und/oder durch Lächerlich-Machen ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität. Gut 35% machten diese Erfahrung mehrfach, 13% regelmäßig. Knapp 30% sind bereits mindestens einmal psychisch unter Druck gesetzt und bedroht, eingeschüchtert oder gemobbt worden. Angepöbeln oder wider Willen angefasst wurden 17% wenigstens einmal, von Schlägen, Tritten oder anderen körperlichen Angriffen berichteten fast 12%.

Schule

Gut ein Drittel der Teilnehmenden verbarg oder verbirgt die sexuelle bzw. geschlechtliche Identität während der Schulzeit völlig, weil sie Benachteiligungen befürchteten. Dazu korrespondierend sind 34% der Befragten der Auffassung, dass sie ihre LSBTTI-Identität während der Schulzeit überhaupt nicht offen leben können oder konnten. Für viele ist oder war die Schule ein Ort, an dem sie sich mit abwertenden Äußerungen oder diskriminierendem Verhalten von Schüler_innen und Lehrer_innen gegenüber Lesben, Schwulen oder Trans*Menschen konfrontiert sehen bzw. sahen. Ein Fünftel der Befragten gab an, von ihren Mitschüler_innen ausgegrenzt zu werden oder worden zu sein. Bei fast 30% griffen Lehrer_innen nicht ein, wenn Mitschüler_innen sich gegenüber LSBTTI oder ihnen persönlich in abwertender Art und Weise äußerten.

Arbeitsplatz

Eine eindeutige Mehrheit von zwei Dritteln aller Befragten gab an, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz unangenehme Witze über LSBTTI gehört zu haben, und knapp über 45% der Teilnehmenden waren von Tuscheleien und Gerüchten über ihre Person betroffen. Dennoch ist etwas mehr als die Hälfte aller Teilnehmenden voll und ganz der Meinung, keine Nachteile gegenüber ihren Kolleg_innen ohne LSBTTI-Identität zu haben.

Mindestens einmal von Kolleg_innen oder Vorgesetzten verspottet wurden 20%, ebenso viele sind schon wenigstens einmal vom Kolleg_innenkreis ausgegrenzt worden. Relativ wenige Befragte (unter 10%) berichteten von schwerwiegenden Diskriminierungen am Arbeitsplatz wie sexueller Belästigung, körperlichen Angriffen oder Bedrohungen. Insgesamt 165 Mal wurde von Benachteiligungen berichtet, die eine Beeinträchtigung der beruflichen Integration bzw. Weiterentwicklung darstellten (Stelle nicht bekommen 16%, gekündigt worden 5,5%, nicht befördert worden 12,3%).

Gesundheitsbereich

Die Mehrheit der Teilnehmenden (58%) gab an, nie negative Erfahrungen im Gesundheitsbereich gemacht zu haben. So fühlten sich drei Viertel von den Fachkräften respektvoll behandelt, schwerwiegende Diskriminierungen erlebten wenige. Die Bewertung durch Trans*Menschen fällt

jedoch deutlich schlechter aus: 57,1% der Trans*Menschen erlebten benachteiligende Situationen. Gegenüber 40% von ihnen wurde geäußert, dass ihre Geschlechtsidentität als Krankheit oder Störung betrachtet werde. Diejenigen Teilnehmenden, die Benachteiligungserfahrungen gemacht und näher beschrieben haben, beklagten Unkenntnis, Vorurteile und Respektlosigkeit seitens des Personals.

Polizei

143 Personen haben bei der Umfrage ausgeführt, dass sie in ihrem Leben Gewalterfahrungen gemacht haben. Drei Viertel von ihnen wandte sich anschließend nicht an die Polizei, um Hilfe und Schutz zu erhalten oder Ermittlungen einzuleiten.

Hauptgründe für diese Entscheidung waren die Erwartung erfolgloser Ermittlungen (70,1%) und die Befürchtung, durch die Beamt_innen nicht ernst genommen zu werden (69,2%). Scham, Unsicherheit („Ich habe mich nicht getraut.“) und Angst vor Diskriminierungen durch die Polizei waren für eine starke Minderheit (jeweils mindestens 40%) ebenfalls gewichtige Gründe, die Gewalttat nicht der Polizei zu melden.

Die Erfahrungen der 35 Personen, die die Polizei eingeschaltet hatten, bestätigen diese Befürchtungen jedoch nur teilweise: Eine Person äußerte sich explizit positiv. Etwas mehr als die Hälfte (jeweils 20 Personen) fühlte sich respektvoll behandelt

und mit ihren Erlebnissen ernst genommen.

Fünfzehn Befragte hatten allerdings den Eindruck, dass mit ihrer Anzeige eher nachlässig umgegangen wurde. Neun Personen betrachteten die Ermittlungen zumindest weitgehend als erfolgreich. Fünf Personen, die sich nach einem Übergriff an die Polizei gewandt hatten, schilderten ihre überwiegend negativen Erfahrungen näher. Sie kritisierten Diskriminierungen, Homophobie und eine schlechte Ausbildung der Polizeikräfte für den Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Behördenkontakte

Die Teilnehmenden waren gefragt worden, ob sie aufgrund ihrer Familienkonstellation, beispielsweise als Regenbogenfamilie und eingetragene Lebenspartner_innen, bei einer Reihe von Behörden, Institutionen und Einrichtungen Konflikte erlebt haben. Insgesamt berichtete nur ein kleiner Teil der Befragten von ernsthaften Problemen. Bei allen zur Auswahl stehenden Organisationen lag der Anteil der Befragten, die Schwierigkeiten gehabt hatten, bei jeweils unter 5%. Eine Ausnahme bildet das Finanzamt, hier hatten fünfzig Personen (10,4%) Probleme. Dies betraf insbesondere Befragte, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben. Sie gaben zur Hälfte an, Schwierigkeiten gehabt zu haben, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Steuererklärung.

58 Personen beschrieben ihre negativen Erfahrungen näher. Von ihnen klagten viele vor allem über Beleidigungen und Spott, Respektlosigkeit und Ignoranz sowie über mangelnde Kenntnisse der gesetzlichen Regelungen seitens der Behördenmitarbeiter_innen. Dies betrifft verschiedene Ämter, Schulen, Gerichte, die Arbeitsverwaltung und Beratungsstellen. Mehrfach wurden Konfliktsituationen im Standesamt beschrieben: Befragte berichteten unter anderem von der Weigerung des Standesbeamten, eine Verpartnerung vorzunehmen. In konfessionellen beziehungsweise kirchlichen Einrichtungen gab es geringfügig mehr Konflikte als in Einrichtungen kommunaler oder anderer Träger.

2.3. Gesellschaftliche Teilhabe

Eine lebendige und aktive Zivilgesellschaft setzt voraus, dass den unterschiedlichen Gruppen die Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen möglich ist. Für die Unterstützung der gesellschaftlichen und individuellen Emanzipationsprozesse können Selbstorganisationen von LSBTTI eine wichtige Unterstützung leisten. Als Interessensvertretungen nehmen sie Partizipationsmöglichkeiten wahr, zeigen Mängel auf und fordern Verbesserungen. Gleichzeitig bieten sie Raum für die persönliche Weiterentwicklung und individuelle Selbstvergewisserung und fördern zivilgesellschaftliches Engagement.

Bewertung der Community-Angebote

Die Antworten der Studienteilnehmer_innen spiegeln diese Bedeutung der selbstorganisierten Angebote der LSBTTI-Community wider. Alle Teilnehmenden halten mindestens eins der in der Studie aufgeführten Community-Angebote für wichtig oder sehr wichtig, allen voran Beratung im Diskriminierungsfall und Coming-out-Beratung, die je über 80% als sehr wichtig erachten. Organisationen, die die (politischen) Interessen von LSBTTI vertreten, finden knapp 70% sehr wichtig, und auch Angebote für spezifische Interessen wie, beispielsweise für schwule und lesbische Eltern oder für Senior_innen sowie Selbsthilfegruppen, besitzen für über die Hälfte der Befragten einen sehr hohen Stellenwert.

Gefragt nach den Gründen, aus denen sie die Angebote der LSBTTI-Community als wichtig oder sehr wichtig bewerten, gibt die überwiegende Mehrheit der Befragten (91,5%) den gemeinsamen Einsatz für die Durchsetzung der Interessen und Anliegen von LSBTTI-Gruppen an. Ähnlich viele (93,1%) messen der Stabilisierung der LSBTTI-Identität durch Coming Out-Beratung und Selbsthilfegruppen eine hohe Bedeutung bei.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht überraschend, dass für knapp drei Viertel der Befragten das Angebot nicht ausreicht. Die Gründe sind vor allem in der Konzentration auf größere Städte und in der als unzureichend empfundenen Zielgruppen-

Differenzierung zu sehen. Bewohner_innen von Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohner_innen finden zum Großteil (71% bis 84%) keine Angebote in der Nähe. Auch das Alter der Teilnehmenden spielt eine Rolle: Insbesondere Jugendliche unter 20 und Personen ab 50 Jahren sind zu höheren Anteilen als Angehörige anderer Alterskohorten der Auffassung, es fehlten Angebote für die eigene Altersgruppe. Bezüglich der einzelnen LSBTTI-Gruppen zeigt sich, dass vor allem Trans*- und Inter*Menschen Angebote für ihre Identitätsgruppe vermissen.

Ehrenamtliches Engagement

LSBTTI sind sich der großen Bedeutung der Community bewusst und bereit, sich ehrenamtlich in vielfältiger Form für die Erhaltung und den Ausbau der Angebote einzusetzen: 41% der Umfrageteilnehmenden engagieren sich in unterschiedlicher Form für die Belange von LSBTTI. In der Altersgruppe der 40 bis 49-jährigen ist das Engagement am stärksten ausgeprägt, hier ist die Hälfte der Personen ehrenamtlich tätig. Insgesamt ist über die Hälfte (52,7%) der Ehrenamtler_innen regelmäßig in einem Verein oder in einer Initiative aktiv und arbeitet in einem LSBTTI-Zentrum, engagiert sich in einer politischen Partei oder in der Jugendarbeit. Andere betreiben Homepages und Blogs oder koordinieren eine Selbsthilfegruppe.

Öffnung von Gesellschaft und Institutionen noch nicht zufriedenstellend

Der Wille und das Engagement einzelner Personen oder Gruppen reichen jedoch nicht aus, um die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*- und Inter*Personen in allen Bereichen der Gesellschaft zu bewirken. Vielmehr bedarf es im Wechselspiel mit der „Emanzipation der Minderheit“ einer Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen. Diskriminierungen muss auf den unterschiedlichen Ebenen (individuell, strukturell, institutionell, rechtlich und sprachlich) durch adäquate Maßnahmen begegnet werden.

Die Studie lässt vermuten, dass in dieser Hinsicht in den letzten Jahren und Jahrzehnten Fortschritte erzielt wurden. So lebt der überwiegende Teil der Befragten seine sexuelle bzw. geschlechtliche Identität völlig (29,3%) oder weitgehend (54,1%) offen. Nur 4% stimmen der Aussage „Ich lebe meine sexuelle/geschlechtliche Identität völlig offen“ überhaupt nicht zu. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Befragten sich in allen Lebensbereichen in ihrer LSBTTI-Identität akzeptiert und gleichberechtigt fühlen. Ein Hinweis darauf ist der von über drei Viertel der Befragten (76,7%) als wichtig erachtete Schutz vor Diskriminierungen und Übergriffen, den die Einrichtungen der LSBTTI-Community bieten. 86,7% halten die Angebote der Community für wichtig oder sehr wichtig, weil sie im LSBTTI-Umfeld sie selbst sein

können und sich nicht erklären müssen. Eine LSBTTI-Identität ist folglich noch lange keine Normalität im gesellschaftlichen Werte- und Normengefüge.

Dies zeigt sich auch auf struktureller und institutioneller Ebene: Fast drei Viertel (71,5%) der Teilnehmenden finden die Angebote der eigenen Community wichtig, weil sie die sogenannten Regeleinrichtungen – also der Allgemeinheit offen stehende Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Beratungsstellen – für nicht ausreichend gut aufgestellt halten in Bezug auf die Belange von LSBTTI. Die Befragten bemängelten hier insbesondere fehlenden Respekt und unzureichendes Fachwissen auf Seiten der Einrichtungen beziehungsweise ihrer Beschäftigten.

2.4. Vergleichbare Ergebnisse auf Bundes- und EU-Ebene

Innerhalb der Online-Befragung lässt sich ein Vergleich zwischen der Gruppe der Rheinland-Pfälzer_innen sowie ihrer Nachbar_innen und der Gruppe von Befragten aus anderen Bundesländern, die eine Vergleichsgruppe darstellen, ziehen. Ein solcher Vergleich zeigt bezüglich der Diskriminierungserfahrungen ähnliche Ergebnisse: Während 58,5% der Befragten aus der Hauptfokusgruppe bereits Benachteiligungen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität erlebt hatten, war dies bei 60,5% der Vergleichsgruppe der Fall.

Da eine direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Online-Befragung mit Expertisen aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden und Antwortkategorien nicht möglich ist, lassen sich nur Tendenzen und Schlussfolgerungen vergleichen. Grundsätzlich lässt sich dabei feststellen, dass die Ergebnisse aus der rheinland-pfälzischen Befragung „im Trend“ liegen und ähnliche Erkenntnisse auch in anderen Studien gewonnen wurden.

So hatte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) im Jahr 2012 in allen EU-Mitgliedsstaaten sowie in Kroatien die Online-Umfrage „EU LGBT survey – European Union lesbian, gay, bisexual and transgender survey“ durchgeführt. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* Menschen wurden dazu befragt, ob sie mit Diskriminierung, Gewalt, verbalen Beleidigungen oder Hassreden aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität konfrontiert waren. Sie wurden gebeten anzugeben, wo sich solche Vorfälle ereignet hatten, zum Beispiel in der Schule, am Arbeitsplatz, bei der medizinischen Versorgung oder an öffentlichen Orten. Die Ergebnisse weisen mitunter große Parallelen zu den rheinland-pfälzischen Erhebungen auf. Die Rheinland-Pfälzer_innen gehen jedoch sowohl in der Familie als auch am Arbeitsplatz offener mit ihrer geschlechtlichen bzw. sexuellen Identität um als die Gesamtheit der Europäer_innen, die an der FRA-Studie teilgenommen hatten.

Ausschließlich an Jugendliche bis 28 Jahren richtete sich die Studie „Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen in Deutschland“, die in den Jahren 2012 und 2013 vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführt wurde. Vergleicht man die Ergebnisse mit den Alterskohorten bis 29 Jahre in der rheinland-pfälzischen Studie, so fällt auf, dass der Anteil derjenigen, die angaben, Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität erfahren zu haben, in Rheinland-Pfalz mit 55,8% weitaus geringer ist als in der DJI-Studie mit über 85%.

Ein direkter Vergleich lässt sich am ehesten mit der im Auftrag des baden-württembergischen Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren umgesetzten „Onlinebefragung über die Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen“ ziehen, zumal die rheinland-pfälzische Studie als Vorbild diente. Bei einer um ein Vierfaches höheren Teilnehmerszahl in Baden-Württemberg zeigen sich bezüglich zahlreicher Aspekte ähnliche oder sogar nahezu identische Ergebnisse wie in Rheinland-Pfalz, von der soziodemografischen Zusammensetzung der Befragten über den Grad der Offenheit im Umgang mit der geschlechtlichen bzw. sexuellen Identität bis hin zu einzelnen Benachteiligungserfahrungen.

Bezüglich der Beziehungsformen von Lesben und Schwulen liefert der Mikrozensus 2013 die aktuellsten Daten. Demnach lebten im Jahr 2013 rund 35.000 gleichgeschlechtliche Paare als Eingetragene Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen. Sie wurden zu 57 Prozent von Männern geführt, das entspricht 20.000 Paaren. 15.000 Paare beziehungsweise 43 Prozent waren Verpartnerrungen von Frauen. Unter den Teilnehmenden der rheinland-pfälzischen Online-Befragung ist demgegenüber der Anteil der Lesben, die in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, größer als der Anteil der Schwulen.

3. Umsetzung des Maßnahmenkatalogs im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“

Der Maßnahmenplan umfasst 174 Einzelmaßnahmen und ist ausgerichtet auf folgende zentrale Lebensbereiche:

1. Arbeitswelt
2. Rechtspolitik und Polizei
3. Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
4. Gesundheit, Alter und Pflege
5. Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation
6. Gesellschaft und Gedenkkultur
7. Sport
8. Familie, Kinder und Jugend

Der Maßnahmenplan wird prozesshaft umgesetzt. Weitere gesellschaftliche Akteure und Gruppen, wie zum Beispiel Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Sport- und Jugendverbände und LSBTTI-Gruppen, werden geworben und einbezogen, um in ihren Bereichen die Aktivitäten der Landesregierung zu unterstützen und durch eigene Beiträge anzureichern.

Die zur Umsetzung festgelegten Maßnahmen reichen von einmaligen Aktivitäten, wie beispielsweise die Durchführung einer Veranstaltung, über kontinuierlich zu bearbeitenden Aufgaben bis hin zu strukturell wirksamen Aktivitäten. Beispiele hierfür sind die Aufnahme der Merkmale sexuelle und geschlechtliche Identität in schulische Lehrpläne oder die Implemen-

tierung des Themenkomplexes Diversity und LSBTTI in Fachkräfteausbildungen.

In der folgenden Darstellung werden die von der Landesregierung für jedes Handlungsfeld formulierten Ziele und Selbstverpflichtungen kurz aufgegriffen. Daran schließt sich jeweils die Beschreibung einzelner exemplarischer Maßnahmen an, deren Umsetzung bereits abgeschlossen ist oder die einen fortgeschrittenen Bearbeitungsstand aufweisen.

Eine Übersicht aller im Maßnahmenplan enthaltenen Aktivitäten findet sich im Anhang.

3.1. Handlungsfeld Arbeitswelt

Das Handlungsfeld „Arbeitswelt“ umfasst die Bereiche „Öffentlicher Dienst“ und „Privatwirtschaft“.

3.1.1. Bereich Öffentlicher Dienst

Ziele und Selbstverpflichtung

Zielperspektive im Handlungsfeld „Arbeitswelt“, Bereich öffentlicher Dienst, ist es, innerhalb der Landesregierung etwaige Benachteiligungen zu identifizieren und abzubauen sowie ein offenes Klima ohne Diskriminierung zu befördern.

Die Landesregierung hat sich verpflichtet, den Zugang zur Landesverwaltung chan-

cengerecht zu gestalten und ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem alle Beschäftigten wertgeschätzt werden und sich ohne Bedenken mit ihrer Person einbringen können.

Ausgewählte Maßnahmen

■ Förderung der personellen Vielfalt

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen hat das Kriterium „Vielfaltskompetenz“ standardmäßig in das Beurteilungsverfahren von Mitarbeiter_innen aufgenommen.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten erarbeitet derzeit ein Leitbild sowie ein Personalentwicklungskonzept. LSBTTI werden darin Berücksichtigung finden.

Die Staatskanzlei setzt den Diversity-Ansatz bei der Personalauswahl und der Personalentwicklung um. Außerdem unterstützt sie die Vielfalt der Mitarbeitenden mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten und setzt sich aktiv für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

■ Fortbildung „Diversity“

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur bietet Fortbildungsangebote zum Thema „Diversity“ für die Ressorts der Landesregierung an.

■ Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Ein besonderer Meilenstein ist das Pilotprojekt „Chancengleich bewerben - Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“, an dem u.a. drei Ressorts der Landesregierung teilgenommen haben und dessen Ziel es war, die Erfahrungen von Personalverantwortlichen mit einem ausgewählten Anonymisierungsverfahren im Hinblick auf Nützlichkeit, Praktikabilität, Anknüpfungsfähigkeit und Ergebnissicherheit auszuwerten. Die Anonymisierung bezieht sich dabei auf die erste Stufe des Auswahlverfahrens, nicht auf den gesamten Prozess. Nach der Sichtung der anonymisierten Unterlagen durch die Personalverantwortlichen erfolgt eine Auswahl derjenigen, die zum Bewerbungsgespräch eingeladen werden sollen. Die Entscheidung zur Einladung wird ausschließlich auf Basis der anonymisierten Unterlagen vorgenommen, um zu vermeiden, dass z.B. Angaben zum Geschlecht, zum Alter, der (ethnischen) Herkunft einen Einfluss auf die Vorauswahl haben.

Nach Beendigung des Modellprojektes führt das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen neben einem freien Träger der Wohlfahrtspflege das anonymisierte Bewerbungsverfahren standardmäßig ein, weil sich gezeigt hat, dass damit vorurteilsbedingte Zugangsbarrieren abgebaut werden können.

■ Fortbildung für Justizvollzugsbeamte

Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat 2013 in der Justizvollzugsanstalt Koblenz eine Veranstaltung zum Thema „Sexuelle Vielfalt – Toleranz und Akzeptanz im Vollzugsalltag“ durchgeführt. Thematisiert wurden unter anderem Geschlechterbilder und Rollenbilder, Geschlechterstereotypen im Wandel der Zeit, Homosexualität, Intersexualität und Transgender. Die Veranstaltung ist beim allgemeinen Vollzugsdienst auf großes Interesse gestoßen und soll daher erneut angeboten werden.

■ Fortbildung für Richter_innen und Rechtsanwält_innen

Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat im November 2014 in Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer Koblenz eine landeseigene Fortbildungsveranstaltung „Aktuelles zum Unterhaltsrecht – Ehe und Eingetragene Lebenspartnerschaften“ angeboten. Thematisiert wurden neben Fragen zum Unterhaltsrecht die Rechte und Pflichten aus dem Lebenspartnerschaftsgesetz, unter anderem Namensrecht, gegenseitige Fürsorge und Unterstützung, gemeinsame Lebensgestaltung, Güterrecht. Zielgruppe der Fortbildungsveranstaltung waren Richter_innen der Familien- und Sozialgerichtsbarkeit sowie Rechtsanwält_innen.

3.2.2. Bereich Privatwirtschaft

Ziel und Selbstverpflichtung

Ziel ist es, die rheinland-pfälzischen Unternehmen für eine Diversity-gerechte Personalpolitik mit besonderem Augenmerk auf LSBTTI zu sensibilisieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung sich verpflichtet, Gespräche mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu führen und für die Umsetzung von Maßnahmen zu werben, die zur Chancengleichheit von LSBTTI auf dem Arbeitsmarkt beitragen.

Ausgewählte Maßnahmen

■ Werben für die „Charta der Vielfalt“

Über die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) bringt die Staatskanzlei Unternehmen die „Charta der Vielfalt“ nahe. Die „Charta der Vielfalt“ ist eine durch die Bundesregierung unterstützte Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Organisationen werden aufgerufen, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiter_innen sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

■ **Sensibilisierung der Privatwirtschaft**

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie führt Gespräche mit Gewerkschaftsspitzen zur dauerhaften Sensibilisierung der Gewerkschaften für LSBTTI. Das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung setzt sich vor allem für die Sensibilisierung der Kammern ein. Beide Häuser werben darüber hinaus in Reden anlässlich von Veranstaltungen mit der Wirtschaft für Diversity.

■ **Sensibilisierung für Träger von ESF-Maßnahmen**

Vertreter_innen der Träger von arbeitsmarktpolitischen Projekten wurden vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. im Rahmen von Schulungen zum Europäischen Sozialfonds für die Anliegen von LSBTTI sensibilisiert.

3.2. Handlungsfeld Rechtspolitik und Polizei

Ziele und Selbstverpflichtung

Im Handlungsfeld Rechtspolitik und Polizei werden folgende Ziele verfolgt:

- Rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe
- Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen in Rheinland-Pfalz

- Initiative zur Überarbeitung des Transsexuellengesetzes auf Bundesebene,
- Berücksichtigung der spezifischen Belange von Intersexuellen im rechtlichen und medizinischen Bereich
- Sensibilisierung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden über die Belange von LSBTTI.

Dementsprechend hat sich die Landesregierung verpflichtet, sich auf Landes- und Bundesebene für die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe einzusetzen, die Empfehlungen des Deutschen Ethikrates zu Intersexualität zu prüfen, die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen in Rheinland-Pfalz aufzuarbeiten und Anträge im Bundesrat zur Rehabilitierung der Opfer der strafrechtlichen Verfolgung zu unterstützen sowie durch Bildungsarbeit die Erinnerung an die Verfolgung in Schulen, bei der Polizei und Justiz wachzuhalten.

Ausgewählte Maßnahmen

■ **Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe**

Im März 2013 hat die Landesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ (BR-Drucksache: 196/13) federführend im Bundesrat eingebracht, der im Plenum eine Mehrheit fand. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich somit ein Verfassungsorgan für die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare ausgesprochen. Der Gesetzentwurf wurde

im Deutschen Bundestag in Erster Lesung beraten und in die Ausschüsse überwiesen. Aufgrund des Endes der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages fiel er jedoch der Diskontinuität anheim.

Am 12. Juni 2015 stimmte der Bundesrat zum zweiten Mal mehrheitlich für die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare. In dem von den von SPD, Grünen und Linken regierten Ländern eingebrachten Entschließungsantrag heißt es: "Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die weiterhin bestehende Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare zu beenden und eine vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesrecht herzustellen. Dies umfasst die Öffnung der Ehe durch Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und damit die Schaffung eines vollen gemeinschaftlichen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare."²

Parallel zur Entschließung wurde ein konkreter Gesetzesantrag³ der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Thüringen zur Öffnung der Ehe über eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches beraten. Dieser wurde in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

²

http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2015/0201-0300/274-15.pdf?__blob=publicationFile&v=1

³

http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2015/0201-0300/273-15.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Am 2. Juli 2015 nahm der rheinland-pfälzische Landtag einen Antrag⁴ an, mit dem er sich für die vollständige rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare ausspricht. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe einzusetzen und die gesellschaftliche Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien zu stärken.

■ **Rechtliche Gleichstellung von Beamt_innen in eingetragenen Lebenspartnerschaften**

Mit dem „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“, das zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, hat die Landesregierung die rechtliche Gleichstellung von Beamt_innen in eingetragenen Lebenspartnerschaften mit verheirateten Beamt_innen rückwirkend zum 1. August 2001 umgesetzt.

■ **Ansprechpersonen bei der Polizei**

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur hatte 2011 eine Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Polizei eingerichtet, die mit einer Ansprechpartnerin und einem Ansprechpartner als Abwesenheitsvertretung besetzt ist. Sie nehmen interne und externe Aufgaben zur Beratung und Aufklärung wahr. Mittlerweile sind regionale An-

⁴

<http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/5186-16.pdf>

sprechpersonen in allen Polizeipräsidien installiert.

■ **Vielfalt in der Polizeiausbildung**

Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wurde vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur in die Studienplanung der Polizeiausbildung aufgenommen. Am 28. Mai 2013 fand das Symposium „Vielfalt als Chance verstehen - Gleichgeschlechtliche Lebensweisen als Herausforderung für die Polizei“ auf dem Campus Hahn der Fachhochschule der Polizei Rheinland-Pfalz statt, an dem Beschäftigte aus allen Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen mit großem Interesse teilnahmen.

■ **Informationsblatt zur eingetragenen Lebenspartnerschaft**

In 2013 hat das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein aktuelles Informationsblatt zu eingetragenen Lebenspartnerschaften auf seiner Homepage eingestellt. Es enthält umfassende Informationen zu den familien-, erb- und steuerrechtlichen Wirkungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft.

■ **Qualifizierung für Sozialdienste in Jugendstrafanstalten**

In Kooperation mit Pro Familia e.V. hat das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Sozialdienste in Jugendstrafanstalten und Jugendarrestanstalten zum Thema LSBTTI qualifiziert.

3.3. Handlungsfeld Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung

Ziele und Selbstverpflichtung

Ziele für dieses Handlungsfeld sind die Förderung der Sichtbarkeit unterschiedlicher sexueller Identitäten im Kontext Schule sowie ihrer Akzeptanz als gleichwertig mit Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit. Daneben sollen Pädagogische Kräfte in ihrer Vielfaltskompetenz gestärkt werden, damit sie den offenen Umgang mit LSBTTI fördern können.

Dazu hat sich die Landesregierung verpflichtet, sich für eine chancengerechte und diskriminierungsfreie Schul- und Bildungslandschaft durch Maßnahmen in der schulischen Bildung sowie der Aus- und Fortbildung einzusetzen.

Ausgewählte Maßnahmen

■ **Vielfalt in Lehrplänen**

Die Themen sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity werden verstärkt in neue Lehrpläne aufgenommen, wie in den Lehrplan Gesellschaftslehre, der zum Schuljahr 2015/2016 in Kraft getreten ist.

■ **Förderung von „SchLAu RLP“**

SchLAu RLP steht für Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in Rheinland-Pfalz.

Teams aus Mainz, Trier, Koblenz und Kaiserslautern besuchen ehrenamtlich Schulen und Bildungseinrichtungen in ihrer Stadt oder ihrem Landkreis. In ihren Workshops thematisieren sie Diskriminierungs-

mechanismen gegenüber Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans*Menschen, geben authentische Einblicke in gleichgeschlechtliche Lebensweisen und vermitteln Akzeptanz gegenüber der Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe.

■ **LSBTTI in der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte**

Für Lehrkräfte werden vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Fortbildungsangebote zum Thema LSBTTI vorgehalten, u.a. auch in Kooperation mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung. In Studium und Vorbereitungsdienst von Lehrkräften sind die Themen Sozialisation, Erziehung, Bildung, Integration, Werteerziehung und Sexualerziehung verpflichtend implementiert worden.

■ **Weiterbildung zum Thema LSBTTI**

Volkshochschulen und nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannte Träger werden bei der Durchführung von Veranstaltungen zum Thema LSBTTI unterstützt.

Beim Bildungsserver des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur wurde ein eigener Bereich zu den Themen Gesundheitsförderung, Bildung, Sexualerziehung und sexuelle Vielfalt eingerichtet.

3.4. Handlungsfeld Gesundheit, Alter und Pflege

Ziele und Selbstverpflichtung

Im Handlungsfeld Gesundheit, Alter und Pflege sollen mögliche Zugangsbarrieren im Gesundheitswesen identifiziert und medizinisches und therapeutisches Fachpersonal für die Belange von LSBTTI sensibilisiert werden. Akteur_innen in der Altenarbeit sollen sich mit den Bedürfnissen älterer LSBTTI auseinandersetzen und ihre Kompetenzen in diesem Bereich erweitern.

Dazu hat sich die Landesregierung verpflichtet, LSBTTI eine ihren Bedürfnissen entsprechende gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen, Diskriminierungen abzubauen und Fachkräfte zu motivieren, sich im Bereich LSBTTI fortzubilden.

Ausgewählte Maßnahmen

■ **Informationen über LSBTTI im Pflegeratgeber**

Der Pflegeratgeber des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie informiert über LSBTTI im Alter und deren besonderen Bedarfe in den Bereichen Wohnen und Pflege. Ziel ist es, das Fachpersonal für die besonderen Belange von LSBTTI zu sensibilisieren.

■ **Sensibilisierung von Pflegeberatungsstellen**

Beratungsstellen für Gemeinschaftliches Wohnen und Mobile Beratung für neue

Wohnformen wurden über die Belange von LSBTTI informiert.

■ **LSBTTI Thema in Seniorenbeiräten und Seniorenmagazin**

Das Thema LSBTTI im Alter wurde mit den kommunalen Seniorenbeiräten und der Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz e.V. erörtert. Außerdem greift das Seniorenmagazin „Spätlese“ des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie das Thema sexuelle und geschlechtliche Identität in seiner Berichterstattung auf.

3.5. Handlungsfeld Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation

Ziele und Selbstverpflichtung

Zielperspektive im Handlungsfeld Antidiskriminierung und Partizipation ist es, einen hohen Grad an Akzeptanz für Vielfalt zu erreichen. Dazu sollen die Ziele der Landesregierung gegen Diskriminierung von LSBTTI umgesetzt und Gremien auf Landesebene für die Belange von LSBTTI sensibilisiert werden. Die Landesregierung beteiligt Selbstorganisationen und insbesondere QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. weiterhin an der Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplanes sowie in die Gestaltung und Umsetzung von Informations- und Aufklärungsmaßnahmen. Insgesamt geht es um eine Stärkung von LSBTTI-Selbsthilfeorganisationen, die

im Netzwerk QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zusammengeschlossen sind.

Zudem hat sich die Landesregierung verpflichtet, die Ziele der Koalition gegen Diskriminierung auch in Bezug auf LSBTTI umzusetzen. Sie wird darüber hinaus ihrer europa- und verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachkommen, sich für den Abbau von Diskriminierungen gegenüber LSBTTI einzusetzen.

Ausgewählte Maßnahmen

■ **Einrichtung der Landesantidiskriminierungsstelle**

Die Landesregierung hat zum 2. Januar 2012 eine Landesantidiskriminierungsstelle im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen eingerichtet. Sie verfolgt damit eine Vielfaltspolitik, die zu mehr Akzeptanz und Teilhabe aller Menschen führen soll, unabhängig davon, ob sie jung oder alt sind, welche geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung sie haben, welcher Religion sie angehören oder ob sie eine Behinderung oder einen Migrationshintergrund haben. Die Landesantidiskriminierungsstelle arbeitet eng mit dem „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ zusammen und unterstützt den Vernetzungsprozess der Selbstorganisationen und Betroffenenverbände, die sich gegen Diskriminierung und für Vielfalt einsetzen.

■ **Strategie Vielfalt der Landesregierung**

Im Herbst 2012 wurde im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen die Interministerielle Arbeitsgruppe Vielfalt gegründet. Sie erhielt den Auftrag, unter Federführung der Landesantidiskriminierungsstelle eine Gesamtstrategie zu entwickeln, in der alle Aktivitäten der Landesregierung zur positiven Gestaltung von Vielfalt und zur Bekämpfung von Diskriminierung sichtbar gemacht werden sollten, um sie sodann gezielt zu koordinieren und zu bündeln. Dies dient der Umsetzung des horizontalen Ansatzes der Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik, die ohne Hierarchisierung der Benachteiligungsgründe nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und mit dem gezielten Blick auf Mehrfachdiskriminierungen koordiniert werden soll. Die Strategie Vielfalt der Landesregierung Rheinland-Pfalz wurde am 14. April 2015 durch den Ministerrat verabschiedet. Sie besteht aus dem Leitbild für die Umsetzung der Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik, der strukturellen Verankerung und Verstetigung der Interministeriellen Arbeitsgruppe sowie einer nach Handlungsfeldern geordneten Auflistung möglicher Umsetzungsschritte. Ergänzt wird sie durch die Bestandsaufnahme aller Programme, Maßnahmen und Projekte der Landesregierung zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Gestaltung von Vielfalt. Diese Bestandsaufnahme ist künftig einmal pro Legislaturperiode zu aktualisieren und dem Minis-

terrat im Rahmen eines Berichts vorzulegen.

■ **Beitritt zur Koalition gegen Diskriminierung**

Im Mai 2012 ist Rheinland-Pfalz der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten Koalition gegen Diskriminierung beigetreten. Ministerpräsident a.D. Kurt Beck hat als Stellvertreter der Landesregierung mit seiner Unterschrift ein Zeichen gegen Diskriminierung gesetzt. Die teilnehmenden Länder tragen unter anderem dafür Sorge, für das Thema Diskriminierungsschutz zu sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern. Die Koalition gegen Diskriminierung ist Teil der bundesweiten Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, die die Bundesantidiskriminierungsstelle im Februar 2011 gestartet hat.

■ **Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.**

Die Zielvereinbarung, die das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen stellvertretend für die Landesregierung mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. abgeschlossen hat, sichert die Beteiligung von LSBTTI am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ als Expert_innen in eigener Sache und den nachhaltigen Dialog zwischen Landesregierung und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.

Dazu hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen den

Landesweiten Runden Tisch LSBTTI ins Leben gerufen, zu dem die Mitgliedsverbände von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., die LSBTTI-Vertretungen von Parteien und anderen Institutionen sowie weitere Queer-Gruppen in Rheinland-Pfalz eingeladen werden.

Darüber hinaus steht der Sprecher von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. dauerhaft in engem Kontakt mit Ressorts und wird bei der Umsetzung der Regierungsaktivitäten eingebunden. Eine Vertreterin von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. ist als ständige Vertreterin in den Landesbeirat Familienpolitik berufen worden.

■ **Berücksichtigung der Belange von Asylbewerber_innen mit LSBTTI-Identität**

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen legt bei der gemeinsamen Wohnunterbringung ein besonderes Augenmerk auf die Berücksichtigung von Belangen asylsuchender Personen, die wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität aus ihrem Herkunftsland geflohen sind. In der jeweiligen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende stehen umfassende Informationen und das Gesprächsangebot des betreuenden Sozialdienstes sowie vor Ort tätiger Beratungsorganisationen zur Verfügung.

3.6. Handlungsfeld Gesellschaft und Gedenkkultur

Ziele und Selbstverpflichtung

LSBTTI sollen als selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden. Gremien, Institutionen und Beratungseinrichtungen sollen für die Belange der LSBTTI sensibilisiert sein. Die strafrechtliche Verfolgung von LSBTTI in Rheinland-Pfalz in der Nachkriegszeit soll aufgearbeitet werden und Aktivitäten, die das Gedenken an die Opfer zum Inhalt haben, sollen unterstützt werden.

Dementsprechend verpflichtet sich die Landesregierung, in ihren Zuständigkeitsbereichen LSBTTI in der öffentlichen Wahrnehmung als selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sichtbar zu machen, zum Beispiel durch die Auswahl der Bilder in der Öffentlichkeitsarbeit (Bildsprache) oder durch Aufgreifen in Reden. Gremien und Institutionen werden für die Belange der LSBTTI sensibilisiert und mit den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften werden Dialoge über die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Rechte von LSBTTI weiter fortgesetzt. Nach Rehabilitierung der homosexuellen Opfer des Dritten Reichs soll weiter zu einer Erinnerungskultur beigetragen werden, damit die Verbrechen, die während des Dritten Reichs an homosexuellen Menschen begangen worden sind, nicht in Vergessenheit geraten.

Ausgewählte Maßnahmen

■ Sexuelle und geschlechtliche Identität sichtbar machen

Die Landesregierung nutzt die vielfältigen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die faktisch in der Gesellschaft existierende Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen in ihrer Normalität sichtbar zu machen.

Die Ministerpräsidentin greift das gesamte Themenspektrum der Vielfalt und des Diskriminierungsschutzes in Gesprächen und Reden an geeigneten Stellen auf. Speziell für die Akzeptanz queerer Lebensweisen warb sie unter anderem in ihrer Rede anlässlich des Mainzer Flashmobs am Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie 2013, durch die Übernahme der Schirmherrschaft für die 20-Jahr-Feierlichkeiten des schwul-lesbischen Zentrums SCHMIT-Z e.V. in Trier sowie durch ihre Teilnahme an der schwul-lesbischen Fastnachtssitzung in Trier 2014.

Vertreter_innen der Landesregierung und von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. sensibilisieren in verschiedenen Gremien zum Thema LSBTTI. Beispielhaft erwähnt seien hier die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, der Landesbeirat für Migration und Integration, der Landesbeirat für Familienpolitik, der Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen sowie die kommunalen Behindertenbeiräte und Behindertenbeauftragten.

Die Landesregierung betrachtet Öffentlichkeitsarbeit als zentrale Aufgabe bei der Förderung von Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt. Sie berücksichtigt Vielfalt in ihrem Erscheinungsbild in Bild und Wort, zum Beispiel in Publikationen oder Internetauftritten.

■ Gedenkarbeit und historische Forschung

Der Landtag hat am 13. Dezember 2012 einstimmig den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Rehabilitation homosexueller Menschen“ beschlossen. Der Antrag bezieht sich auf die Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland, nach der gemäß Art. 123 Abs. 1 Grundgesetz die 1935 unter dem NS-Regime verschärften Straftatbestände zur Verfolgung der Homosexualität als Paragraphen 175 und 175a des Strafgesetzbuches bis zur Strafrechtsreform von 1969 fortgalten.

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, die notwendige Unterstützung für die historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des späteren Umgangs mit den Opfern in Rheinland-Pfalz zu leisten. Die Erinnerung an die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen soll wach gehalten und die Sensibilisierung gegenüber jeglichen homophoben Tendenzen gefördert werden.

Die Ministerien für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, der Justiz und

für Verbraucherschutz, des Innern, für Sport und Infrastruktur, für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, die Landeszentrale für politische Bildung, das Landeshauptarchiv und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. haben den Beschluss des Landtags aufgegriffen. Gemäß ihrer Vereinbarung wurde das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld beauftragt, ein entsprechendes Forschungsprojekt durchzuführen. Die Ergebnisse der Recherchen sollen Anfang 2016 veröffentlicht werden. Auf ihrer Grundlage ist die Erarbeitung einer Ausstellung zur Bildungsarbeit und zur Sensibilisierungsarbeit gegen Homophobie und zur Förderung von sexueller Vielfalt entsprechend dem Landtagsbeschluss vorgesehen.

Die Landesregierung hat allein für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 insgesamt 100.000 Euro zur Verfügung gestellt und damit bundesweit das bislang größte finanzielle Engagement einer Landesregierung zur Gedenk- und Präventionsarbeit auf diesem Gebiet geleistet.

3.7. Handlungsfeld Sport

Ziele und Selbstverpflichtung

Zielperspektive im Handlungsfeld Sport ist es, einen offenen Umgang mit der Vielfalt sexueller Identitäten zu fördern.

Dazu verpflichtet sich die Landesregierung, den Dialog zwischen Sportverbänden und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zu unterstützen. Die Landesregierung will den Landessportbund und die Sportvereine dabei unterstützen, Diskriminierung auf dem Sportplatz entgegenzutreten und für Fairness und Akzeptanz zu werben.

Ausgewählte Maßnahmen

■ Fortbildungsmodule für Trainer_innen

Der Rhein Hessische Sportbund hat sich zur Aufgabe gemacht, für Trainer_innen Fortbildungsmodule zum Thema sexuelle Identität zu erarbeiten. Die Konzeption erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und wurde in einem Workshop erprobt. Der Erfolg war Anlass, das Konzept in Zusammenarbeit mit der Landesantidiskriminierungsstelle um die Module Integration und Inklusion zu ergänzen.

■ Straßenfußballturnier „Streetkick unterm Regenbogen“

Mit Förderung des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur hat im Juli 2014 das Straßenfußballturnier „Streetkick unterm Regenbogen“ in der Mainzer Innenstadt stattgefunden. Auf diese spielerische Weise wurden viele Menschen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Identität informiert und sensibilisiert.

3.8. Handlungsfeld Familie, Kinder und Jugend

Ziele und Selbstverpflichtung

Fachkräfte in Sozial- und Familienberatungsstellen und in Familien(bildungs)- und Jugendhilfeeinrichtungen sollen in ihren Kompetenzen im Hinblick auf sexuelle Vielfalt und dem Aufbau von Akzeptanz gestärkt und das Thema als Querschnittsaufgabe und Qualitätskriterium verankert werden.

Dazu verpflichtet sich die Landesregierung, das in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie tätige Fachpersonal durch Fortbildungen und Informationen zu LSBTTI zu unterstützen. Ihre Einrichtungen und Angebote sollen von LSBTTI Personen genauso selbstverständlich genutzt werden können wie von heterosexuellen Menschen. Die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Menschen soll in Sozial- und Familienberatungsstellen und Familien- und Jugendhilfeeinrichtungen als Normalität betrachtet werden.

Ausgewählte Maßnahmen

■ Projekt „Familienvielfalt“

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. erhält seit 2011 eine Förderung für das Projekt „Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien“ („Familienvielfalt“). Mit diesem Projekt finanziert das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen einen landesweiten und vier regio-

nale Koordinator_innen in Mainz, Trier / Koblenz, Kaiserslautern und im Bereich Ludwigshafen / Landau, die bei Familien-einrichtungen, Kommunen und Schlüssel-personen für die Akzeptanz von unterschiedlichen Familienformen werben, Fortbildungsangebote machen und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Koordinator_innen sind Ansprechpersonen für Fragen rund um das Thema LSBTTI.

■ Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“

Im Rahmen des Projektes „Familienvielfalt“ fördert das Ministerium für Integration, Familie, Kinder Jugend und Frauen den Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“, mit dem Erzieher_innen bei der vorurteilsfreien Vermittlung von Familien- und Lebensvielfalt in der Kita-Arbeit durch entsprechende Materialien und eine Handlungsanleitung unterstützt werden.

■ Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen bietet kontinuierlich Fortbildung für Fachkräfte von Kindertageseinrichtungen zum Thema LSBTTI in Zusammenarbeit mit Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz an.

Um die Fortbildungsangebote zu strukturieren und auszubauen, hat das MIFKJF ein Exposé für ein methodisch-didaktisches modulares Fortbildungsprogramm für die Kinder- und Jugendarbeit sowie für

die Familienberatung vorgelegt, das Ansätze, Inhalte und Zielgruppen eines systematischen Fortbildungsprogramms für in den genannten Bereichen tätige Fachkräfte aufführt.

Der Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ wurde in verschiedenen Gremien vorgestellt: in der länderübergreifenden AG Familienpolitik zur Vorbereitung der Jugend- und Familienministerkonferenz, in der LAG Freiwilligendienste zum Thema LSBTTI sowie in der Hauptversammlung des Landesjugendrings. Ebenfalls wurden Fachkräfte des Kinder- und Jugendtelefons des Kinderschutzbundes durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Identität informiert.

Das Projekt „Lichtpunkte“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung arbeitete 2013 und 2014 in Rheinland-Pfalz mit Förderung durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zum Thema Familienvielfalt.

Auch das Projekt „Homosexualität und Familie“ des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. für Fachkräfte der Familienberatung und Familienbildung wird vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen unterstützt.

Darüber hinaus werden Fachkräfte von Familieneinrichtungen sensibilisiert, wie

beispielsweise durch das Handbuch „Familienbildung im Netzwerk“ und durch die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“.

■ **Queere Jugendliche im Kinder- und Jugendbericht**

Im 2. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung wurde erstmals ein Kapitel „Queere Jugendliche in der Jugendarbeit“ aufgenommen. Es wird darin auf die psychosozialen Belastungen in der Coming Out-Phase und die damit in Zusammenhang stehenden erforderlichen Kompetenzen von Pädagog_innen eingegangen sowie auf das Schulaufklärungsprojekt SchLAu hingewiesen.

■ **Ratgeber und Informationsmaterialien zu LSBTTI und Familie**

Der Landesfilmdienst hat eine Medienliste zum Thema „LSBTTI“ zusammengestellt. Die Filme können kostenfrei ausgeliehen und für die Jugendarbeit eingesetzt werden.

Der „Ratgeber Familie“ und das Elternkursprogramm „Auf den Anfang kommt es an“ des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen informieren über Regenbogenfamilien und Lebensvielfalt.

Das Landesjugendamt veröffentlicht regelmäßig Beiträge zu LSBTTI-Themen in der elektronischen Zeitschrift „Landesjugendamt“.

4. Öffentlichkeitsarbeit als zentraler Schwerpunkt der Akzeptanzarbeit

Vorurteile entstehen nicht selten aus Unwissenheit und aufgrund mangelnder oder falscher Informationen. Daher ist die Informations-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Daueraufgabe im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“, die von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. kontinuierlich umgesetzt wird.

In den Jahren 2011 und 2012 hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen eine Reihe von Öffentlichkeitsmaterialien erarbeitet. „Herzstück“ ist die Homepage www.regenbogen.rlp.de. Hier werden aktuelle Informationen bekannt gegeben, über Ziele und Aufbau des Landesaktionsplans informiert sowie Hintergrundinformationen und Ansprechpersonen vermittelt.

Darüber hinaus sind zu erwähnen: Die Entwicklung eines Kampagnenlogos, von Materialien für Tagungen und Veranstaltungen und eines Informationsflyer zu Zielen, Kontakten und Ansprechpersonen sowie die Erstellung von Plakaten und Postkarten mit unterschiedlichen Motiven zum Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“, die an unterschiedliche Institutionen und Interessierte mit dem Ziel der Akzeptanzförderung versandt wurden.

Zudem hat die Landesregierung über Anzeigen in rheinland-pfälzischen Tageszeitungen auf den Landesaktionsplan aufmerksam gemacht. Im Videospot „vis-à-vis“ der Jugend-Kultur-Werkstatt (JuKuWe) Pirmasens zum Thema Vielfalt, der in Zusammenarbeit mit der Landesantidiskriminierungsstelle entstand, wurde unter anderem ebenfalls eine Regenbogenfamilie dargestellt.⁵

Zur Öffentlichkeitsarbeit zählen auch Fachtagungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen. So fand am 28. Juni 2013 die Tagung „Vielfalt leben – Praxis gestalten. Sexuelle und geschlechtliche Identitäten in Einrichtungen und Institutionen berücksichtigen“ des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Mainz statt. Rund 120 Fachkräfte aus allen gesellschaftlichen Bereichen nahmen daran teil, um sich über die Belange von LSBTTI zu informieren und Kontakte zu Vertreter_innen der Gruppen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zu knüpfen.

Beim Symposium „Vielfalt als Chance verstehen – Gleichgeschlechtliche Lebensweisen als Herausforderung für die Polizei“ des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur auf dem Campus Hahn der Landespolizeischule setzten sich am

⁵

www.mifkjf.rlp.de/mediathek/videos

28. Mai 2013 Teilnehmer_innen aus allen Polizeibehörden mit dem Thema LSBTTI auseinander.

Am 10. September 2014 fand die Fachtagung „Transidentität – Vielfalt der Geschlechter“ in Mainz statt, die vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Zusammenarbeit mit den Trans*-Gruppen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. konzipiert und gestaltet wurde. Schwerpunkt der Tagung waren die psychologischen, medizinischen und rechtlichen Anliegen von transidenten Menschen.

Um den Landesaktionsplan auch in Landesgremien bekanntzumachen, berichtet das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen über die Meilensteine und Schwerpunkte und wirbt für Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. In 2013 und 2014 wurde der Landesaktionsplan im Landesbeirat für Migration und Integration, im Landesteilhaberbeirat, beim Landesjugendring, in den Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie der Beauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz und bei Familieneinrichtungen vorgestellt.

Über aktuelle Schwerpunkte des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ informiert das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen die gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Einrichtungen in Form eines Infobriefs. Themen waren beispielsweise

Regenbogenfamilien oder die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen durch den ehemaligen Paragraphen 175 Strafgesetzbuch. Hinzu kommen anlassbezogene Pressemitteilungen, in denen die Landesregierung über Maßnahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ informiert und zu LSBTTI relevanten Themen Stellung nimmt.

5. Entwicklung der Landesmittel zur Akzeptanzarbeit von LSBTTI

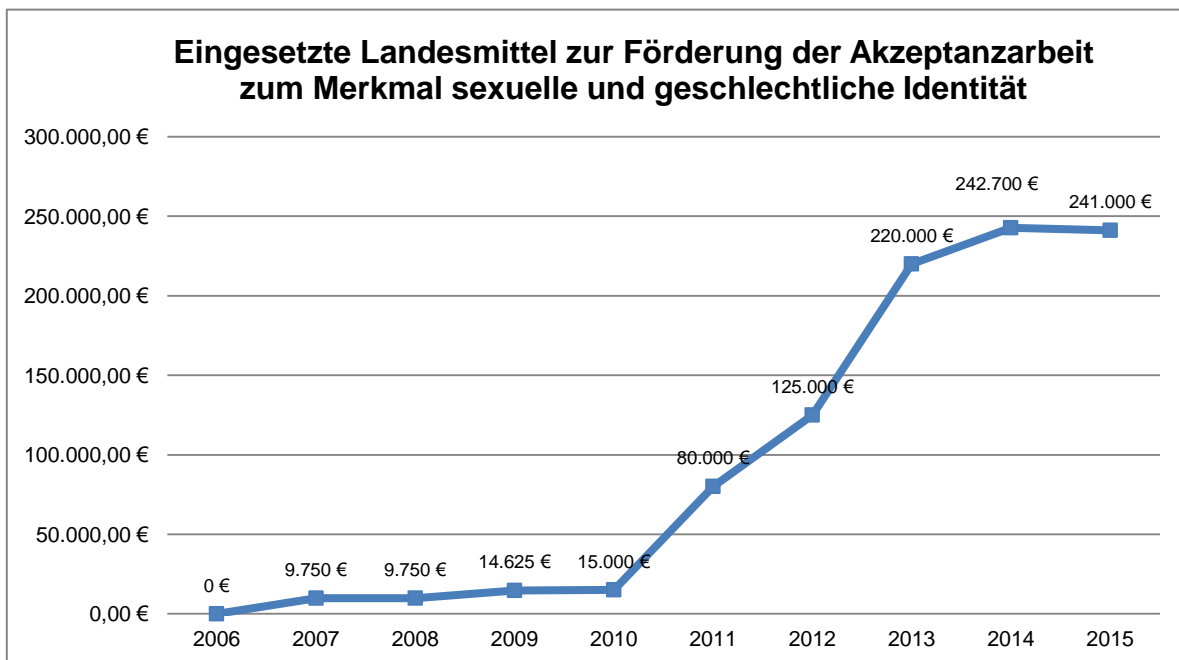
Die Landesmittel zur Förderung von Akzeptanz im Hinblick auf das Merkmal sexuelle und geschlechtliche Identität sind von 2006 von 9.750 Euro bis ca. 240.000 Euro kontinuierlich angewachsen.

Die Förderung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. im Jahr 2005 hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2005 kontinuierlich erhöht. So ist die Förderung vom Jahr 2006 mit insgesamt 9.700 Euro auf 33.600 Euro im Jahr 2015 angewachsen. Darüber hinaus hat QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. für das Projekt „Familienvielfalt“ im Jahr 2011 Mittel in Höhe von mit 60.000 Euro erhalten. Das Projekt wird im Jahr im Jahr 2015 mit 134.600 Euro bezuschusst.

Die Landesmittel zur Umsetzung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ betragen im Jahr 2012 insgesamt 45.000 Euro und im Jahr 2013 85.000 Euro. 2014 und 2015 wurden die Mittel zugunsten der erhöhten Förderung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. von 77.800 Euro auf 72.800 Euro abgesenkt.

Demnach sind die Landesmittel für die Förderung von Akzeptanz von LSBTTI in den letzten zehn Jahren insgesamt um mehr als das 24-fache angestiegen.

Zudem fördert das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur das Schulaufklärungsprojekt SchLAu RLP.



6. „Nichts über uns ohne uns“ – Der Beitrag von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. zum Entstehen und Gelingen des Aktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“

Erstmals legt eine rheinland-pfälzische Landesregierung einen Bericht vor über die Umsetzung eines Aktionsplanes zur Gleichstellung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in Rheinland-Pfalz. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., als Zusammenschluss und Vertretung aller Gruppen und Vereine von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in Rheinland-Pfalz, nutzt gerne die von der Landesregierung eingeräumte Möglichkeit, zur Entwicklung der rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* Stellung zu nehmen.

Zunächst möchten wir uns bei der Landesregierung insgesamt, besonders aber beim federführenden Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) bedanken, dass in dieser Legislaturperiode erstmals eine Politik für Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* deutlich erkennbar war. Bis vor einigen Jahren waren die Belange von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in Rheinland-Pfalz nur ein Randthema.

Heute ist das anders: Mittlerweile schauen viele andere Länder auf das, was in Rheinland-Pfalz geschieht. In erster Linie ist dies das Verdienst der engagierten Ministerin und ihrer Fachabteilung.

Der Aktionsplan

Der Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ ist die Grundlage für die aktive Politik für rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in dieser Legislaturperiode. Die Landesregierung hat bei der Erarbeitung des Landesaktionsplans eine Forderung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. aufgenommen und den Prozess partizipativ gestaltet:

- 13. November 2011: Die Mitglieder von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. diskutieren auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung über einen Aktionsplan der neuen Landesregierung, der rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* umsetzen soll.
- 20. August 2012: Unter Beteiligung verschiedener Ministerien und Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. findet ein Austausch über mehrere Handlungsfelder statt. Dieser Austausch führt zu den Maßnahmen des Aktionsplans.
- 29. Januar 2013: Der Ministerrat beschließt den Aktionsplan „Rheinland-

Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“.

- 18. Februar 2013: Die Landesregierung schließt mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. eine Zielvereinbarung ab. Um die von den Kooperationspartnern angestrebten Ziele der gesellschaftlichen Akzeptanz und rechtlichen Gleichstellung von LSBTTI zu erreichen, werden geeignete Maßnahmen und Initiativen entwickelt und umgesetzt. Dazu zählen Öffentlichkeitsarbeit, die Information von Regeleinrichtungen über die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* sowie die Unterstützung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. als Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* im Land.

Rheinland-Pfalz ist damit das erste Bundesland, das eine solche Zielvereinbarung mit einer queeren Nichtregierungsorganisation schließt.

Die Entwicklung nach dem Beschluss des Aktionsplans

In einem landesweit beworbenen Fachtag im Juni 2013 werden die Handlungsfelder des Aktionsplans vorgestellt. Die breite Resonanz dieses Fachtags bei den Multiplikator_innen zeigt den Bedarf, im Themenfeld LSBTTI tätig zu werden.

Von Juni bis September 2013 findet im Auftrag des MIFKJF eine Online-Befragung über die Lebenssituation von

Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in Rheinland-Pfalz statt. Durch alle Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und bei allen Veranstaltungen wird auf die Online-Befragung aufmerksam gemacht. Das Netzwerk leistet damit einen wichtigen Beitrag in der Bewerbung der Studie in der sonst schwer direkt zu erreichenden Zielgruppe der Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter*.

6. September 2013 und 17. Oktober 2014: Das MIFKJF lädt zum Runden Tisch ein. Die Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. bringen zahlreiche Vorschläge ein, die aus Arbeitsgruppen stammen, die auf Einladung des Netzwerks mehrmals 2013 und 2014 tagten und von den Koordinator_innen des Projektes „Familienvielfalt“ (s.u.) geleitet wurden. Die Arbeitsgruppen finden eigene Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. für die folgenden Themenfelder im Sinne einer Unterstützung der im Aktionsplan festgelegten Einzelmaßnahmen:

1. Familien, Kinder, Jugend
2. Bildung, Wissenschaft & Weiterbildung
3. Partizipation & Antidiskriminierung
4. Arbeitswelt
5. Gesundheit, Alter & Pflege
6. Öffentlichkeitsarbeit

Während der gesamten Zeit finden Gespräche zwischen MIFKJF und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans, die Planung von Maßnahmen und die Koordinierung

der Aktivitäten des Netzwerks mit diesen Maßnahmen statt. Diese werden in den verschiedenen Ministerien in unterschiedlicher Intensität umgesetzt, aber es findet mit allen Ministerien ein Austausch über den Aktionsplan statt.

Die Absprache mit und die Beteiligung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. an diesem Prozess sind - bundesweit - als vorbildlich zu bezeichnen.

Aufarbeitung der Geschichte der Schwulen und Lesben in Rheinland-Pfalz

Mit den Stimmen aller Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags wurde am 3. Dezember 2012 beschlossen, die strafrechtliche Verfolgung schwuler Männer nach § 175 StGB und die Situation von Schwulen und Lesben in der Nachkriegszeit aufzuarbeiten. Hierfür wurde ein Forschungsauftrag an das Institut für Zeitgeschichte vergeben; eng eingebunden sind auch die Magnus Hirschfeld Stiftung und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.

Aufgrund der nicht immer ausreichenden Aktenlage sind Berichte von Zeitzeug_innen essentiell. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. unterstützt den Forschungsauftrag durch Aktenrecherche im Landeshauptarchiv und durch die Suche nach Zeitzeug_innen. Zuletzt wurden hierfür alle ambulanten und stationären Altenpflegeeinrichtungen des Landes angeschrieben.

Rheinland-Pfalz ist das erste Flächenland der Bundesrepublik, das eine solche Stu-

die in Auftrag gibt und finanziert. Die Ergebnisse sollen in einer (Wander-) Ausstellung präsentiert werden; ebenso wird es pädagogisches Material und Fortbildungen – besonders im Bereich Justiz / Polizei – geben.

Der Fachtag Trans*

Die Anliegen von Trans*-Personen wurden bisher nicht ausreichend beachtet.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. hat auf seiner Mitgliederversammlung im März 2014 eine Trans*-Person in den Vorstand gewählt und einen Vorbereitungskreis initiiert, der einen Fachtag mit dem MIFKJF vorbereitet hat. Dieser fand am 10. September 2014 statt und brachte zahlreiche Anknüpfungspunkte für die zukünftige Arbeit: So wird Ende 2015 zu einem Fachzirkel eingeladen, an denen Personen verschiedener Bereiche (u.a. Justiz, Gutachter_innen, Krankenkassen) mit den Betroffenen ins Gespräch gebracht werden sollen, um die Lebenssituation von Trans*-Personen zu verbessern. Darüber hinaus finanziert QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. die Fortbildung von zwei Trans*-Personen zu qualifizierten Beraterinnen. Weitere Maßnahmen des Empowerment für Trans*-Personen (u.a. zur Erleichterung der Transition) werden nötig sein.

Das Projekt zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien

Zur Umsetzung der Zielvereinbarung hat das MIFKJF im Dezember 2011 das Projekt „Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien“ (kurz „Familienvielfalt“) aufgelegt. Ziel des Projektes ist, unterstützende Einrichtungen für Jugendliche und Familien in Rheinland-Pfalz für die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* zu sensibilisieren.

Das Projekt hat auf Landesebene und in den Städten Mainz, Trier, Koblenz, Kaiserslautern (seit 2015 auch in Ludwigshafen) begonnen und bezog ab dem zweiten Jahr auch die umliegenden Landkreise mit ein. Die Leitungen staatlicher sowie nicht-staatlicher Einrichtungen vor Ort werden von den Koordinator_innen des Projektes angesprochen mit den Zielen,

- eine Willkommenskultur und wertschätzende Haltung gegenüber Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* zu schaffen,
- dazu die Bedarfe im Themenfeld zu ermitteln und Informationsmaterial für/über Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in den Einrichtungen bereitzustellen,
- Fortbildungen zum Themenfeld durchzuführen und
- Leitbilder und Qualitätsstandards bezüglich ihrer Akzeptanz für Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* zu prüfen und ggf. zu ändern.

Diese Schritte konnten in unterschiedlicher Intensität umgesetzt werden. Am besten gelangen Fortbildungen für Mitarbeitende. Zwischen 2011 und 2015 (Stand August 2015) wurden 19 Fortbildungen mit 362 Teilnehmenden durchgeführt. Da es sich hier um Multiplikator_innen handelte, geht der Kreis der erreichten Personen weit über die Zahl der Teilnehmenden hinaus. In jedem Jahr wurden mindestens zwei landesweite Veranstaltungen angeboten sowie in den letzten Jahren vermehrt sogenannte In-House-Fortbildungen, die speziell auf einzelne Einrichtungen zugeschnitten sind. Dadurch konnten wesentlich mehr Personen und Institutionen für eine Fortbildung gewonnen werden. Bei beiden Formaten hat das Projekt gute Zustimmung erfahren. In den ersten beiden Jahren wurden die Fortbildungen durch das Bundesprojekt des LSVD „Homosexualität und Familien“ geleitet. Seit dessen Ende 2013 führen die Koordinator_innen des Projekts „Familienvielfalt“ diese Fortbildungen selbst durch. Das Projekt arbeitet kontinuierlich an einer Diversifizierung der Angebote, so dass mittlerweile auch Fortbildungen für Altenpfleger_innen, Erzieher_innen sowie für Hebammen bzw. Geburtshelfer stattgefunden haben.

Es kann festgehalten werden, dass durch das Projekt eine Lücke in der Familien-, Jugend- und Altenarbeit gefüllt wird. Die Gespräche mit den Einrichtungen und Mitarbeitenden zeigen, wie unterschiedlich die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* ist. Neben „offenen Tü-

ren“ für Gespräche und Fortbildungsmaßnahmen erleben die Koordinator_innen ebenso oft Zurückhaltung, Zurückweisung oder Ablehnung. Entgegen oft gehörter Meinung ist ein selbstverständlicher und offener Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Identität im Themenfeld Familie von der Jugend bis zum Alter noch längst nicht gesellschaftliche Realität. Sie kann nur durch nachhaltige Arbeit erreicht werden. Dies setzt voraus, dass Kontinuität in der Ansprache für die Einrichtungen gewährleistet wird.

Die Koordinator_innen des Projekts Familienvielfalt haben dies bis heute im Wesentlichen leisten können, trotz aus unserer Sicht ungenügender finanzieller Ausstattung. Das Projekt besetzt aktuell fünf Stellen bei einem Äquivalent von rund 1,7 Vollzeitstellen. Als Eigenanteil erbringt QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. rund 0,5 Vollzeitstellen. Der Bedarf zeigt, dass die Finanzierung erhöht werden sollte.

Die Grundkonzeption, auf der Landesebene und an verschiedenen Oberzentren im Land präsent zu sein, hat sich als sehr tragfähig erwiesen. Durch „kurze Wege“ und Präsenz vor Ort wächst das Vertrauen der Einrichtungen in die Koordinator_innen des Projekts „Familienvielfalt“. Sie werden als die Kompetenz für das Themenfeld sexuelle und geschlechtliche Identität wahrgenommen, so dass – auch bei anfänglicher Skepsis – auf sie zurückgegriffen wird. Dieser Prozess hat sich im Be-

richtszeitraum gut entwickelt und muss auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Im Vergleich der Bundesländer ist Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, das eine so ortsnahe und annähernd landesweite Struktur für LSBTTI anbietet, die von den Regeleinrichtungen genutzt werden kann.

Der Kita-Koffer

Der Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“ unterstützt Fachkräfte in Kitas. **Mit den Medien des Kita-Koffers können Kinder lernen, die Lebenswirklichkeit unterschiedlicher Familienformen anzuerkennen und wertzuschätzen, unabhängig davon, wo deren Wurzeln liegen oder wie diese zusammengesetzt sind. Kinder, die selbst in nichtkonventionellen Familienformen aufwachsen oder einen Migrationshintergrund haben, werden in ihrer Identitätsentwicklung gestärkt.**

Der Koffer enthält Medien für die Arbeit mit Kindern zwischen drei und sechs Jahren sowie Informationsmaterial für Erzieher_innen. Inhaltliche Schwerpunkte des Koffers bilden die Themen Vielfalt der Familienformen, der Umgang mit Geschlechterrollen sowie die Wertschätzung individueller Unterschiede. Da zum Thema Regenbogenfamilien geeignete pädagogische Materialien in der Regel noch nicht in den Einrichtungen vorhanden sind, wurde dieser Aspekt familiärer Vielfalt besonders berücksichtigt. Zusammengestellt wurde der Kita Koffer in Kooperation mit der Initi-

ative lesbischer und schwuler Eltern (IL-SE) und mit Unterstützung des MIFKJF. Die Eignung für Kindertagesstätten wurde von der Evangelischen Erziehungsberatungsstelle Mainz sowie von der Fachabteilung Kindertagesstätten im Amt für Jugend und Familie der Stadt Mainz bestätigt.

Die Koffer können jeweils für einige Wochen kostenlos an Kindertageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz ausgeliehen werden. Ansprechpersonen sind die Regionalkoordinator_innen des Projekts Familienvielfalt.

Bisher wurde der Kita-Koffer bei Kindertageseinrichtungen bzw. anderen Veranstaltungen 76 Mal vorgestellt und von 32 Kitas ausgeliehen. Zwei Mal wurde der Kita-Koffer von Einrichtungen im Land käuflich erworben (Evangelische Arbeitsstelle Kaiserslautern, Kreisverwaltung Südpfalz).

Ein vergleichbares Angebot wie der Kita-Koffer ist auch im schulischen Bereich nötig.

Das Bildungsprojekt SchLAu

Das Projekt SchLAu (schwul-lesbisch-bi-trans* Aufklärung) besteht seit 2009 im Land Rheinland-Pfalz. Die SchLAu-Regionalgruppen in Koblenz, Mainz, Trier und Kaiserslautern werden jeweils von einem_r Regionalkoordinator_in betreut. Seit 2009 konnten bei 480 Einsätzen im schulischen Kontext (in der Regel in den 8./9. Klassen) und bei 70 außerschuli-

schen Trägern (z.B. BASF, FSJ-Gruppen, Jugendverbände) etwa zehntausend Jugendliche bzw. junge Erwachsene erreicht werden. Die methodische und fachliche Kompetenz der Teamenden wird dabei durch landesweite Schulungen garantiert. Das Feedback auf das Projekt war bisher stets positiv und die Institutionen bewerten das Projekt SchLAu als sehr wertvoll, um als Teil der schulischen Menschenrechts- und Demokratieerziehung Wissen über Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* zu erhalten, Vorurteile bewusst zu machen, die Mechanismen von Diskriminierung und Ausschluss generell zu reflektieren.

Die Projektfinanzierung von SchLAu durch das MBWWK dient der kontinuierlichen Fortbildung der Ehrenamtlichen, den Fahrtkosten zu den Bildungseinrichtungen sowie einer symbolischen Aufwandsentschädigung für die Teamenden.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. ist ein Zusammenschluss von Gruppen, Initiativen und Vereinen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in den Städten und Regionen Trier, Koblenz, Kaiserslautern, Mainz und Landau.

2005 gegründet, hat sich dieses Netzwerk kontinuierlich entwickelt; seine Aktivitäten sind durch neue Aufgabenbereiche und neue Mitglieder gestiegen. Aktuell sind über 30 Organisationen vertreten. Sie können auf der Internetpräsenz

www.queernet-rlp.de gefunden werden. QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. trifft sich zwei Mal pro Jahr zum Austausch und zur Planung gemeinsamer landesweiter Veranstaltungen.

QueerNet

- unterstützt die Koordinierung ehrenamtlicher Arbeit in Mainz, Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Landau,
- wirbt für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* in der Öffentlichkeit durch Flyer, Plakate, eine Homepage, Werbung in öffentlichen Verkehrsmitteln,
- plant landesweite Aktionen z.B. zum IDAHOT, bzw. die Fotoaktion „Kiss The Pride“ (www.kissthepride.org) und unterstützt die CSDs in Trier, Mainz und Koblenz,
- organisiert Podiumsdiskussionen zu gesellschaftlichen und politischen Themen in Mainz, Trier, Koblenz, Kaiserslautern und Landau,
- (teil-)finanziert Vorträge, kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Ausstellungen und Filmfestivals,
- unterstützt die Anschaffung von Fachliteratur zur Erweiterung der bestehenden Bibliotheken bzw. Mediatheken in Trier, Kaiserslautern, Koblenz und Mainz,
- (teil-)finanziert Fortbildungen bzw. Supervisionen für ehrenamtliche Berater_innen, sowie eine Fortbildung von Trans*-Beraterinnen,

- ist vernetzt in der Großregion (Netzwerk „Großregion unterm Regenbogen“), nimmt am CSD Saar-Lor-Lux teil, ist in der Queer Football Federation vertreten und Mitglied im bundesweiten Netzwerk „QueerNetz“.

Landesweite Aktionen und Präsenz bei Veranstaltungen

Mit der „BuGa Pride“ am 11. September 2011 in Koblenz im Rahmen der Bundesgartenschau startete QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. seine erste überregionale Aktion zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter*.

Seit dem Jahr 2012 koordiniert das Netzwerk landesweit den IDAHO bzw. später IDAHOT (Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie) am 17. Mai. In den Städten Koblenz, Trier, Mainz und Kaiserslautern finden dazu jährlich öffentliche Veranstaltungen bzw. Demonstrationen statt. Dort und auf Veranstaltungen der Mitgliedsorganisationen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. wird der Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Jedes Jahr besuchen mehr Menschen diese Veranstaltungen.

Das Netzwerk ist darüber hinaus präsent bei den jährlich stattfindenden Rheinland-Pfalz-Tagen und den Ehrenamtstagen und wirbt dort für die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz von Les-

ben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* und für den Aktionsplan.

Aktivitäten in den Städten

Als Netzwerk und Zusammenschluss verschiedener Träger in den Regionen Mainz, Trier, Koblenz, Kaiserslautern und Landau fördert QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. die Vernetzung vor Ort und die Planung gemeinsamer lokaler Aktivitäten. Das Netzwerk unterstützt die Gruppen, Vereine und Zentren (in Trier und Mainz) dabei, ihre Aktivitäten noch stärker nach außen zu tragen, um bei den lokalen Trägern sozialer Einrichtungen oder in städtischen Beteiligungsstrukturen die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* zu vertreten und Unterstützung zu gewährleisten.

Unterstützung durch das MIFKJF

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. wird seit seiner Gründung durch das Land unterstützt, die Unterstützung ist kontinuierlich gestiegen. Die Finanzierung findet als Projektfinanzierung statt, die Förderung wird unmittelbar an die Mitgliedsorganisationen nach einem Schlüssel, der gemeinsam festgelegt wurde, verteilt (Vorrang haben dabei landesweite Aktivitäten; die Regionen werden zu gleichen Teilen berücksichtigt). Die Arbeit von QueerNet wird im Wesentlichen ehrenamtlich geleistet, die finanziellen Ressourcen reichen nicht für eine Förderung der Struktur von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. (Geschäftsführung etc.). In den kommenden Jahren wird der

Aufbau einer unterstützenden hauptamtlichen Struktur nötig sein.

Resümee

Die Aktivitäten der Landesregierung im Themenfeld LSBTTI haben seit dem Beschluss des Ministerrates eine quantitative und qualitative Ausweitung erfahren.

Die Abstimmung der Aktivitäten von Landesregierung und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. als Nichtregierungsorganisation hat sich dabei als besonders erfolgreich erwiesen. Der Erfolg stellte sich ein, weil die strukturellen Voraussetzungen geschaffen wurden (Zielvereinbarung und Projektförderung, die die Regeleinrichtungen im Blick hat, bei gleichzeitiger Stärkung der NRO QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.) und weil dem federführenden Ministerium (MIFKJF) an der guten Zusammenarbeit – von der Hausspitze bis zum Referat – gelegen ist. Für diese Unterstützung möchte sich das Netzwerk ausdrücklich bei allen Beteiligten noch einmal bedanken.

Die Arbeit im Berichtszeitraum zeigt auch, dass die Position eines/einer Beauftragten für Lesben, Schwulen, Bi, Trans* und Inter* (analog zum Beauftragten für Migration und Integration) deren Anliegen und ihre Durchsetzung deutlich befördern würde. Der Aktionsplan konnte im Berichtszeitraum nicht vollständig erfüllt werden. Ihn fortzuschreiben mit dem besonderen Augenmerk auf die zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit, muss unbedingtes

Anliegen sein, um die aufgebauten Strukturen und die notwendige Ergänzung im Angebot der Familien-, Jugend- und Alteneinrichtungen nicht zunichte zu machen.

Für den Vorstand

Jacqueline Maron und Joachim Schulte

7. Zusammenfassende Bewertung und Ausblick

Mit dem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ wurde in der Legislaturperiode 2011 bis 2016 von der Landesregierung Rheinland-Pfalz ein neuer politischer Schwerpunkt ins Leben gerufen. Damit hat Rheinland-Pfalz nach Berlin und Nordrhein-Westfalen bundesweit als drittes Land einen Aktionsplan zur rechtlichen Gleichstellung und Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz von LSBTTI initiiert.

Bewegung auf Bundes- und Länderebene

Weitere Länder, wie Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Bremen, folgen und bereiten ebenfalls Aktionspläne im Bereich LSBTTI vor. Rheinland-Pfalz wurde von verschiedenen Ländern um Unterstützung angefragt, um von den Erfahrungen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zu profitieren.

Auch auf Bundesebene kommt Bewegung in die Akzeptanzpolitik für LSBTTI. 2014 wurde im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der Familienabteilung das Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtsidentität“ eingerichtet. In der Koalitionsvereinbarung 2016 bis 2010 „Deutschlands Zukunft gestalten“ der CDU, CSU und SPD heißt es auf Seite 105: „Wir werden den Nationalen Aktionsplan der Bundes-

republik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz um das Thema Homo- und Transphobie erweitern“. Somit wird das Thema LSBTTI in den nationalen Aktionsplan integriert.

Auch wenn die rechtliche Gleichstellung in der Bundesgesetzgebung - zum großen Teil veranlasst durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts - nach und nach vorankommt, kann eine vorurteilsfreie Haltung der Gesellschaft gegenüber LSBTTI nicht verordnet werden. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz begreift Akzeptanzarbeit vielmehr als Daueraufgabe, deren Wirkung für die Betroffenen in einem langfristigen Prozess spürbar wird.

„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ - Teil der Vielfaltspolitik des Landes

Der Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ versteht sich als Teil der Vielfaltspolitik des Landes, mit der die Landesregierung Benachteiligung bekämpft und eine Vielfaltspolitik verfolgt, die zu mehr Akzeptanz und Teilhabe aller Menschen führen soll, unabhängig davon, ob sie Mann oder Frau, jung oder alt sind, welcher Religion sie angehören, ob sie eine Behinderung, einen Migrationshintergrund oder eine bestimmte sexuelle Identität haben.

Die enge Verbindung mit der Vielfaltspolitik bewirkt Synergieeffekte und eine höhere Akzeptanz für die im Vergleich zu den bekannteren Merkmalen des AGG neu im Fokus stehenden Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität, die noch vielfach mit Vorurteilen belegt sind. Ein Beispiel für Synergien ist der Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“ von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V., der nicht nur für die Akzeptanz von Regenbogenfamilien wirbt, sondern alle Familienformen im Blick hat. Umgekehrt bewirkt die Befassung mit den Merkmalen sexuelle und geschlechtliche Identität, dass auch die anderen Merkmale des AGG verstärkt in den Blick kommen. Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung von Fortbildungsmodulen zum Thema sexuelle Identität für Trainer_innen des Rheinhessischen Sportbundes, die nach erfolgreicher Praxiserprobung durch die Themen Integration und Inklusion ergänzt wurden.

Top-down und bottom-up haben sich bewährt

Neben der engen Anbindung an die Vielfaltspolitik hat sich im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ die Verbindung der Ansätze des top-down durch die Landesregierung und des bottom-up durch Zielvereinbarungen und Beteiligungen der LSBTTI-Gruppen bewährt. So wirbt die Landesregierung gemeinsam mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. durch Information und Aufklärung, Beratung und Fortbildung sowie durch Gespräche und

persönliche Begegnungen für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auf Landesebene wie auch durch die Koordinator_innen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. in den Regionen.

Partizipation als Grundsatz der Zusammenarbeit

Partizipation stellt somit eine wesentliche Grundlage des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ dar, denn LSBTTI sind Expert_innen in eigener Sache. „Nicht ohne uns über uns“ – dieser Grundsatz aus der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde für den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ übernommen: Die Maßnahmen sollen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg umgesetzt werden, sondern gemeinsam mit ihnen. Die Zielvereinbarung mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. sichert die Beteiligung von LSBTTI am Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ und den nachhaltigen Dialog zwischen Landesregierung und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. Durch die finanzielle Förderung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. wurden ehrenamtliche Strukturen unterstützt, die die LSBTTI-Community in die Lage versetzen, ihren Anliegen nachhaltig Ausdruck zu verleihen.

Erfolge und Handlungsbedarf

Der Erfolg des Landesaktionsplans zeigt sich beispielsweise darin, dass die Fach-

und Fortbildungsveranstaltungen der vergangenen Jahre sehr gut nachgefragt waren, obgleich es immer noch Einrichtungen gibt, die es mit der Begründung „Bei uns gibt es keine LSBTTI“ oder „Dafür haben wir keine Zeit“ ablehnen, sich mit dem Thema LSBTTI auseinanderzusetzen.

So haben an der Fachtagung „Vielfalt leben – Praxis gestalten. Sexuelle und geschlechtliche Identitäten in Einrichtungen und Institutionen berücksichtigen“ des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Mainz am 28. Juni 2013 rund 120 Fachkräfte aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilgenommen. Die Fortbildungsveranstaltungen von QueerNet in Mainz, Trier, Kaiserslautern und Koblenz zum Thema „Homosexualität (k)ein Thema für Familien“ für Fachkräfte im Bereich Familienbildung und Familienberatung besuchten über 360 Personen. Der Kita-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“ wurde im Jahr 2014 an rund 50 Kindertagesstätten ausgeliehen.

Die Vorstellung des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen - Akzeptanz für queere Lebensweisen“ in Gremien und Zusammenschlüssen auf Landesebene hatte weitere positive Effekte zur Folge. So entstanden gemeinsame Aktivitäten in unterschiedlichen Handlungsfeldern, wie beispielsweise die Veranstaltung eines Fachtages der evangelischen Landjugend in der Pfalz zum Thema „Kreuz und Queer – Sexuelle Vielfalt in der Evangelischen Jugend der Pfalz!“,

die als Auftakt für die Erarbeitung eines Grundlagenpapiers zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt diente. Auch in den Kommunen gewinnt das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Bedeutung. So hat die Landeshauptstadt Mainz im Jahr 2013 eine Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen eingesetzt. Das Jugendamt der Stadt Neustadt hat im Mai 2014 eine Aktionswoche „Neustadt unterm Regenbogen“ durchgeführt.

Durch die rund 170 Maßnahmen in den acht Handlungsfeldern des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ sind vielfältige Impulse zur rechtlichen und gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTTI gesetzt worden. Von insgesamt 174 Maßnahmen war zum Zeitpunkt der Berichtslegung die Mehrzahl bereits umgesetzt: 106 Maßnahmen waren abgeschlossen und 65 befanden sich in der Umsetzung. Unter letzteren wurden auch die Aktivitäten erfasst, welche eine Daueraufgabe darstellen und eine kontinuierliche Weiterentwicklung erfordern (44 Maßnahmen). Lediglich drei Maßnahmen waren aus unterschiedlichen Gründen zurückgestellt worden. Demzufolge war der Maßnahmenplan im September 2015 zu 98,3 % umgesetzt bzw. in der Umsetzung befindlich.

Trotz dieser Erfolge ist es weiterhin notwendig, den Blick auf bestehende Handlungsbedarfe zu richten und passgenaue

Maßnahmen zu ergreifen. Wichtige Hinweise liefert dazu die Online-Studie zur Lebenssituation von LSBTTI in Rheinland-Pfalz aus 2015, in der LSBTTI selber zu Wort kommen. Danach ist insbesondere die rechtliche Gleichstellung auf allen politischen Ebenen wichtig. Aufklärung, Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit soll bereits in der Schule beginnen, um Vorurteile abzubauen und Akzeptanz zu fördern.

Daneben legen die Befragten hohen Wert auf die Sichtbarkeit: Sie wollen als gleichberechtigte Menschen wahrgenommen, respektiert und wertgeschätzt werden. Dieser Wunsch bezieht sich auch auf die Kirchen, die sich für LSBTTI öffnen sollen.

Darüber hinaus zeigt die Studie eine im Vergleich zu anderen Identitätsgruppen stärkere Benachteiligung der befragten Trans*Menschen in nahezu allen Lebensbereichen. Diese Befunde müssen vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Zahl von Teilnehmenden mit Trans*Identität betrachtet werden, jedoch decken sich die Ergebnisse mit denen anderer Studien über LSBTTI.

Prozess kontinuierlich weiterführen mit Zeit und langem Atem

Für die Landesregierung ist es daher ein wichtiges Ziel, die rechtliche Gleichstellung auf allen politischen Ebenen voran zu bringen und den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen kontinuierlich weiterzuführen, um Institutionen für die Belange von LSBTTI zu sensibilisieren und

Regeleinrichtungen wie Kitas, Schulen, Beratungsstellen, Gesundheitseinrichtungen und Behörden zu öffnen. Notwendig ist hierbei der verstärkte Blick auf die transsexuellen und intersexuellen Menschen, die besonderen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Als Ergebnis des Fachtages „Transidentität – Vielfalt der Geschlechter“ im September 2014 hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen im Herbst 2014 mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und den teilweise angeschlossenen Trans*-Gruppen vereinbart, gemeinsam das Thema Transidentität und die Unterstützung transidenter Menschen weiter voran zu bringen. Dazu führt das Ministerium Gespräche mit den Trans*-Gruppen von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und Fachkräften.

Die Landesregierung bewertet den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ nach der zweijährigen Umsetzungsphase als ein systematisches und geeignetes Instrument gesellschaftlicher Akzeptanzarbeit. Ein weiterer Fortschritt auf dem langfristigen Weg zu einer offenen und vorurteilsfreien Gesellschaft gegenüber LSBTTI kann damit erfreulicherweise festgestellt werden. Es bedarf jedoch Zeit und eines langen Atems, um dauerhaft Vorurteile abzubauen und Haltungen in Köpfen und Herzen zu ändern.

Die Landesregierung sieht sich daher verpflichtet, diesen Prozess auf Bundes- und

Landesebene beharrlich und kontinuierlich weiterzuführen.

Anhang

Tabelle aller Maßnahmen der Landesregierung zum Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ (sortiert nach Handlungsfelder)

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	„Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) online“-Fortbildung für alle Mitarbeitenden anbieten	Alle Ressorts	in Bearbeitung	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	In Fortbildungen zur Vielfalt (auch ressortübergreifend) das Thema geschlechtliche Identität aufgreifen und Begriffe zu LSBTTI erläutern	Alle Ressorts	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Prüfungsvorschlag: Veränderung der Texte zur Stellenausschreibung in Richtung Vielfalt (AGG)	Alle Ressorts	umgesetzt	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Anerkennung und Unterstützung der Vielfalt der Mitarbeitenden mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten; Anerkennung von Diversität, die aktive Gleichstellung der Geschlechter sowie Förderung eines diskriminierungsfreien Umgangs. Förderung der Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Anwendung moderner Personalauswahl- und -entwicklungsmethoden sowie durch die Familienorientierung.	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Geschlechtsneutrale Ausschreibungen, Anerkennung aller Formen der Partnerschaften durch geschlechtsneutrale Anreden (z.B. bei Einladung mit Begleitung zu Veranstaltungen).	STK	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Umsetzung des Diversity-Ansatzes bei der Personalauswahl und Personalentwicklung	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Aufnahme des Themas LSBTTI im Rahmen der Auditionierung des ISIM (SGD Nord)	ISIM	umgesetzt	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Aufnahme des Themas LSBTTI in das Intranet der SGD Nord mit Hinweis auf QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.	ISIM	umgesetzt	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Dienstvereinbarung entwickeln und Mitarbeiter des LDI informieren	ISIM	umgesetzt	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Fortbildung des Sozialen Ansprechpartners (SAP) der SGD Nord zum Thema LSBTTI	ISIM	umgesetzt	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Interessenabfrage, Strategische Planung der Herangehensweise, Seminarempfehlungen, Infosammlung	ISIM	umgesetzt	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Seminarangebot innerhalb des in der Erarbeitung befindlichen Jahresfortbildungsprogramm 2016	ISIM	umgesetzt	grds. nach Bedarf sowie im Jahresfortbildungsprogramm

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Tagesseminar zum Thema Diversity, darauf aufbauend Konflikte, Mobbing	ISIM	umgesetzt	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Thema LSBTTI als eigenständiges Instrument im Personalentwicklungskonzept der SGD Nord aufnehmen	ISIM	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Im Intranet der SGD Süd wird für die Akzeptanz für queere Lebensweisen geworben. Ein Link führt zum Aktionsprogramm "Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen"	ISIM	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Diskriminierung im gesamten Geschäftsbereich (Steuerverwaltung, Landesbetrieb LBB, Amt für Wiedergutmachung) bekämpfen	FM	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Information über das AGG intern weitergeben	FM	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Fachtagungen zum Familienrecht mit Schwerpunkt LPartG	MJV	umgesetzt	einmalig
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Fortbildungsveranstaltungen zum Thema "sexuelle Vielfalt - Toleranz und Akzeptanz im Vollzugsalltag" konzipieren und umsetzen	MJV	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Aktualisierung des Leitbildes des MSAGD unter Aufnahme des Diversity-Ansatzes	MSAGD	in Bearbeitung	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Angebot von Fortbildungsveranstaltungen im MSAGD zum Thema sexuelle Vielfalt	MSAGD	in Bearbeitung	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Dienstvereinbarung zur Förderung der personellen Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung	MSAGD	umgesetzt	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Nutzung von Teamsitzungen und Fachtreffen, um Mitarbeiter_innen, die mit der Bearbeitung von Fällen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) betraut sind, weiter für die Thematik zu sensibilisieren.	MSAGD	umgesetzt	kontinuierlich
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Aufnahme des Themas "Diversity" und damit auch sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in das Personalentwicklungskonzept	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Installieren einer sozialen Ansprechperson	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Kontaktaufnahme zu den Kommunalen Spitzenverbänden um das Thema LSBTTI in die Kommunen zu tragen	MIFKJF	in Bearbeitung	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Mitarbeiterfortbildungen zu den Themen interkulturelle Kompetenz / Vielfalt / Antidiskriminierung	MIFKJF	in Bearbeitung	einmalig
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Pilotprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ gemeinsam mit der Landesregierung, Kommunen, Behörden und Unternehmen umsetzen	MIFKJF	umgesetzt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Prüfung: Aufnahme eines Kriteriums „Handeln nach dem Vielfaltsgedanken“ in das Beurteilungsverfahren	MIFKJF	umgesetzt	
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Sensibilisierung und Schulung von Führungskräften zum Thema Diversity und Antidiskriminierung	MIFKJF	in Bearbeitung	einmalig
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Diskriminierungsfreiheit als Grundlage der Personalpolitik des MWKEL	MWKEL	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlicher Dienst und Landesverwaltung	Berücksichtigung von LSBTTI im Rahmen des Gleichstellungsprinzips im Personalentwicklungskonzept und Leitbild	MULEWF	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Wirtschaft	Über die Mitwirkung in der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) wird die Staatskanzlei auf die Bedeutung der Charta der Vielfalt und der Akzeptanz von Vielfalt und Diskriminierungsschutz für den Unternehmenserfolg hinweisen	STK	in Bearbeitung	einmalig
Arbeitswelt	Wirtschaft	Einbringung des Themas LSBTTI in das Koblenzer Bündnis für Familie in die AG „Familienbewusste Personalpolitik“ durch die SGD Nord	ISIM	in Bearbeitung	einmalig
Arbeitswelt	Wirtschaft	Berücksichtigung des Themas LSBTTI bei Fortbildungen (ESF-Schulungen und Jahrestagung) in Zusammenarbeit mit Arbeitsmarktförderprogrammen	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Arbeitswelt	Wirtschaft	Gespräche mit der Gewerbeaufsicht zur dauerhaften Sensibilisierung für LSBTTI in Betrieben führen	MSAGD	in Bearbeitung	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Arbeitswelt	Wirtschaft	Gespräche mit Gewerkschaftsspitzen zur dauerhaften Sensibilisierung der Gewerkschaften für LSBTTI führen	MSAGD	umgesetzt	
Arbeitswelt	Wirtschaft	Gleichstellung der Lebenspartnerschaften in der Hinterbliebenenversorgung	MSAGD	umgesetzt	dauerhaft
Arbeitswelt	Wirtschaft	Information an Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen in der über die Thematik LSBTTI aufgeklärt wird	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Arbeitswelt	Wirtschaft	Workshop für interessierte Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen zum Thema LSBTTI	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Arbeitswelt	Wirtschaft	Fortbildungsangebote zum Thema Vielfalt entwickeln	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Wirtschaft	Grundsätze von Diversity Management sollen insbesondere bei Reden und Veröffentlichungen des MWKEL stärker kommuniziert werden	MWKEL	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Wirtschaft	Sensibilisierung der Kammern bzgl. des Themas LSBTTI im Rahmen der Qualifizierung von Ausbilder_innen	MWKEL	in Bearbeitung	dauerhaft
Arbeitswelt	Öffentlichkeitsarbeit	Beteiligung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. mit einem Informationsstand im Rahmen der ESF Jahreskonferenz 2013 am 29. November in Pirmasens	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Rechtspolitik und Polizei		Berücksichtigung des Themas LSBTTI in der Studienplanung der Polizei	ISIM	umgesetzt	
Rechtspolitik und Polizei		Durchführung eines Symposiums für die Polizei Rheinland-Pfalz zum Thema LSBTTI	ISIM	umgesetzt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Rechtspolitik und Polizei		Einsetzung einer männlichen Ansprechperson für LSBTTI bei der Polizei	ISIM	umgesetzt	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei		Einsetzung einer weiblichen Ansprechperson für LSBTTI bei der Polizei	ISIM	umgesetzt	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei		Vorstellung des Landesaktionsplans bei den Polizeipräsidien Rheinland-Pfalz	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Bericht und Unterstützung bei Anträgen im Bundesrats- und Bundestagsausschüssen über Entwicklungen zum Merkmal sexuelle Identität (Gesetzesinitiativen)	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Informationsseite zum LPartG insbesondere in Bezug auf die Auswirkungen im Familien- und Erbrecht erarbeiten	MJV	umgesetzt	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Lebenspartner_innen Ehegatten gleichstellen ("Öffnung der Ehe")	MJV	in Bearbeitung	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Prüfung der Anerkennung und rechtlichen Absicherung sozialer Elternschaft	MJV	umgesetzt	
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Qualifizierung der Sozialdienste der Jugendstrafanstalten und der Jugendarrestanstalt im Bereich Sexualpädagogik in Kooperation mit Pro Familia	MJV	umgesetzt	einmalig
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Rechtsförmliche Prüfung des Landesgesetzes zur Einbeziehung der Lebenspartnerschaften in die Rechtsvorschriften des Landes	MJV	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Veranstaltung zum Thema Homosexualität in der Rechtsprechung mit Minister Bamberger a.D. (Aufhebung von Urteilen des ehemaligen § 175 StGB bis 1969 und Entschädigung von Opfern)	MJV	umgesetzt	einmalig
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Fortbildung der Fachkräfte im Strafvollzug und Behörden zu LSBTTI am 19. September 2013 (insbesondere Trans* und Inter* Personen)	MJV	umgesetzt	
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Landesgesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in das Landesrecht, sowie rückwirkende Gleichstellung zum 1. August 2001	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Lebenspartner_innen Ehegatten gleichstellen ("Öffnung der Ehe")	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Prüfung der Anerkennung und rechtlichen Absicherung sozialer Elternschaft	MIFKJF	umgesetzt	
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Unterstützung von Anträgen zum Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität im Grundgesetz	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Unterstützung von Anträgen zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren in den verschiedenen Rechtsbereichen	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Rechtspolitik und Polizei	Recht	Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur strafrechtlichen Aufarbeitung der nach § 175, 175a StGB verurteilten homosexuellen Männern und der Verfolgung von homosexuellen Frauen in Rheinland-Pfalz	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Rechtspolitik und Polizei		Anpassung der Dienstvereinbarung, Interessenabfrage und Einsetzung	ISIM	umgesetzt	
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Durchführung von schwul-lesbischen Schulaufklärungsprojekten (SchLAu)	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Fortbildung für Vertrauenslehrkräfte zum Thema LSBTTI	MBWWK	in Bearbeitung	Angebot richtet sich nach der Nachfrage
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Fortbildungsangebote für Lehrkräfte verschiedener Fachbereiche (Biologie, Gesellschaftslehre, Religion) zum Thema LSBTTI	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Implementierung von verpflichtenden Themen wie Sozialisation, Erziehung, Bildung, Integration, Werteerziehung, Sexualerziehung in Studium und Vorbereitungsdienst von Lehrkräften	MBWWK	umgesetzt	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity als Themen in die Lehrpläne Gesellschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft aufnehmen	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Unterstützung der Volkshochschulen und der nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Träger bei der Durchführung von Veranstaltungen zum Thema LSBTTI	MBWWK	umgesetzt	dauerhaft

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Modulares Fortbildungskonzept für Lehrkräfte zum Thema Sexualerziehung in der Schule (u.a. Themen wie unterschiedliche Lebensformen, sexuelle Orientierung, sexuelle Identität); in Kooperation mit der LZG	MBWWK	umgesetzt	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity sollen als Merkmale in den Orientierungsrahmen Schulqualität aufgenommen werden	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Lehrerfortbildungsreihe zum Thema "Sexualerziehung an der Schule"	LZG	umgesetzt	dauerhaft
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	Aufklärungs- und Informationsarbeit	Erarbeitung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit und die Fortbildung im Rahmen des Netzwerkes diskriminierungsfreies RLP	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Erarbeitung eines Exposés für ein methodisch-didaktisches, modulares Fortbildungsprogramm	MIFKJF	umgesetzt	
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Bildungsserver um Informationen zu den Themen Trans* und Inter* sowie Verweis auf Materialien und Beratungsstellen ergänzen	MBWWK	umgesetzt	
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Institut für Lehrgesundheit bei der Universitätsmedizin Mainz im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung als Ansprechpartner zur Unterstützung von Lehrkräften zum Thema LSBTTI nutzen	MBWWK	umgesetzt	dauerhaft

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung		Ansprechpartner für sexuelle Vielfalt im pädagogischen Landesinstitut	Pädagogisches Landesinstitut	umgesetzt	dauerhaft
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Das MJV hat einen Beitrag zum Lebenspartnerschaftsgesetz für die Neuauflage des vom MIFKJF herausgegebenen „Ratgeber Familie“ geleistet	MJV	umgesetzt	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Informationen zum Thema LSBTTI in den Pflegeratgeber aufnehmen	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Informationsbroschüre für Pflegekräfte	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Handreichung zum Thema LSBTTI für die Ausbildung von Alten und Krankenpflegekräften wird vom MIFKJF in Zusammenarbeit mit dem MBWWK erstellt und von der LZG als Broschüre herausgegeben	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Empfehlung zum Thema LSBTTI für die zuständige Behörde zur curricularen Implementierung der Handreichung in den jeweiligen Schulen des Gesundheitswesens wird vom MIFKJF in Zusammenarbeit mit dem MBWWK und der LZG und MIFKJF erarbeitet	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Pflege	Fortbildungsmodule zum Thema LSBTTI für Fachkräfte der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege wird vom MIFKJF in Kooperation mit MBWWK, LZG und SPFZ entwickelt	MSAGD	zurückgestellt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Gesundheit, Alter und Pflege	Wohnen und Leben	Informationen zum Thema LSBTTI über die Beratungs- und Prüfbehörden an die Pflegeeinrichtungen vermitteln	MSAGD	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesundheit, Alter und Pflege	Wohnen und Leben	Sensibilisierung der Beratungsstellen für Gemeinschaftliches Wohnen und Mobile Beratung für neue Wohnformen für das Thema LSBTTI	MSAGD	umgesetzt	
Gesundheit, Alter und Pflege	Wohnen und Leben	Thema LSBTTI in einer Aktionswoche Wohnen in Kooperation mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. aufgreifen	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Wohnen und Leben	Sensibilisierung der Beratungs- und Prüfbehörden nach dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG)	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Gesundheit	Gesprächsaufnahme mit den Kammern der Heilberufe zur dauerhaften Sensibilisierung der Ärzte- und Therapeutenschaft in Kooperation mit dem MIFKJF	MSAGD	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesundheit, Alter und Pflege	Alter	Aufgreifen von Projekten von und für ältere LSBTTI sowie Berichterstattung über Aktivitäten von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. Rheinland-Pfalz e.V. und anderen Verbänden in der Zeitschrift "Spätlese"	MSAGD	umgesetzt	dauerhaft
Gesundheit, Alter und Pflege	Alter	Berücksichtigung des Themas LSBTTI bei jährlichem Fachaustausch mit kommunalen Seniorenbeiräten aus Rheinland-Pfalz	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Gesundheit, Alter und Pflege	Alter	Sensibilisierung der Landesseniorenvertretung RLP e.V. für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter	MSAGD	umgesetzt	dauerhaft

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Gesundheit, Alter und Pflege	Alter	Berücksichtigung des Themas LSBTTI bei allen Aktivitäten zu "Gut leben im Alter"	MSAGD	umgesetzt	dauerhaft
Gesundheit, Alter und Pflege		Fachtagung "Transidentität - Vielfalt der Geschlechter"	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Sensibilisierung des Landesbeirats für Migration und Integration für das Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Unterzeichnung der Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft durch den Ministerpräsidenten und die Antidiskriminierungsstelle RLP des Bundes	STK	umgesetzt	
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Sensibilisierung der Kommunalen Behindertenbeiräte und Behindertenbeauftragten zum Thema LSBTTI	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Sensibilisierung des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen zum Thema LSBTTI	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Sensibilisierung der Bewohnerbeiräte (ehem. Heimbeiräte) zum Thema LSBTTI	MSAGD	in Bearbeitung	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Diskussionsforen zum Thema Vielfalt / LSBTTI mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. konzipieren	MIFKJF	umgesetzt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Einrichtung einer Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt für NRO und RO	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Flyer und weitere Informationsmaterialien zum Thema LSBTTI erstellen	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Gewinnung von prominenten Personen für das Thema LSBTTI im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Informationen zum Merkmal "sexuelle und geschlechtliche Identität" in die Homepage der Antidiskriminierungsstelle RLP einstellen	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Unterzeichnung der Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft durch den Ministerpräsidenten und die Antidiskriminierungsstelle RLP des Bundes	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Thema LSBTTI bei Workshops zum Themenfeld "Diskriminierung" (u.a. in der Veranstaltungsreihe "Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? - Wir tun was) einbinden	MBWWK	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gegen Diskriminierung und für Akzeptanz durch staatliche Ehrungen (z.B.: Orden oder Brückenpreis). Vorschläge zur Ehrung herausragenden Engagements der Selbsthilfeorganisationen sowie der politischen, sozialen und kulturellen Arbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle sind willkommen.	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Aufnahme der ehrenamtlichen Queer-Organisationen in die Datenbank der rheinland-pfälzischen Vereine und Initiativen (Neuer Bereich "Für Akzeptanz und Vielfalt")	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Neues Informationsangebot zum Thema Akzeptanz sexueller Vielfalt und Diskriminierungsschutz bei der ehrenamtlichen Vereinsarbeit	STK	in Bearbeitung	
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Aufklärungs- und Informationsarbeit in Kooperation mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. für das Merkmal sexuelle und geschlechtliche Identität leisten	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Förderung ehrenamtlichen Arbeit und Struktur von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Förderung ehrenamtlicher Mitarbeit in lesbischen Initiativen	MIFKJF	Auf Antrag	jährlich

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Förderung der Selbstverwaltungsstruktur	Unterstützung eines Projektes zur Antidiskriminierungsarbeit und für Vielfalt der NRO mit dem Ziel von regionaler Beratung	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe im Bereich Vielfalt	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Sensibilisierung der LAG der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz für das Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Sensibilisierung der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten für das Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Unterstützung der Netzwerkgründung "Diskriminierungsfreies RLP" der NRO und deren weiterer Arbeit	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Vertretung von Regenbogenfamilien im Landesbeirat für Familienpolitik	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Auswertung der Online-Befragung zur Lebenssituation der LSBTTI in RLP im Hinblick auf Lesben und Vorstellung der Ergebnisse in der Abteilung Frauen	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Beratung mit den Einrichtungen des Anti-Gewaltbereichs zur Sensibilisierung für lesbische Gewaltbetroffene und deren besonderen Bedarfe (RIGG)	MIFKJF	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Besonderes Augenmerk auf die Belange von asylsuchenden Personen, die wegen ihrer sexuellen Identität oder wegen ihrer Geschlechtsidentität aus ihrem Herkunftsstaat geflohen sind, bei der gemeinsamen Unterbringung in Rheinland-Pfalz.	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Die besonderen Belange und Anliegen der einzelnen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten im Rahmen des Aktionsplanes berücksichtigen	MIFKJF	umgesetzt	
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Durchführung einer Online-Umfrage zur Lebenssituation von LSBTTI in Rheinland-Pfalz	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Einbeziehung von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. bei der Umsetzung des Landesaktionsplanes - auch durch Abschluss einer Zielvereinbarung	MIFKJF	umgesetzt	
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Einrichtung eines landesweiten Runden Tischen der Queer-Gruppen und -Initiativen	MIFKJF	umgesetzt	
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Förderung von Frauenprojekten und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Belange lesbischer Frauen	MIFKJF	Auf Antrag	jährlich
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation		Informationen über die Situation und die Probleme von Lesben erhalten und dazu anregen, dass Lesben ihre Anliegen und Interessen verstärkt in Gremien einbringen.	MIFKJF	umgesetzt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Öffentlichkeitsarbeit	Arbeitsforum bei der Veranstaltung zum Thema „Schwul und lesbisch in der WfbM – geht das?“ angeboten	MSAGD	umgesetzt	einmalig
Antidiskriminierungsarbeit und Partizipation	Beteiligung in Gremien	Prüfung, ob eine Vertretung von LSBTTI in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation möglich ist	STK	in Bearbeitung	einmalig
Gesellschaft und Gedenkkultur	Geschichtsforschung	Dokumentation und Fachgespräche zur Aufarbeitung der Verfolgung von homosexueller Menschen im Elsass und Rheinland-Pfalz (KZ Osthofen)	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur	Geschichtsforschung	Dokumentation und Fachgespräche zur Aufarbeitung der Verfolgung von homosexueller Menschen im Elsass und Rheinland-Pfalz (Umsetzung Landtagsbeschluss)	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur	Geschichtsforschung	Unterstützung von Forschenden zur NS-Verfolgung von Homosexuellen durch wissenschaftliche Mitbetreuung im NS-Dokumentationszentrum Osthofen	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur	Kultur	Buchprojekt über eine lesbische Liebe	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Gesellschaft und Gedenkkultur	Kultur	Ausstellung zum Thema "Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" im NS-Dokumentationszentrum Osthofen	MBWWK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur	Kultur	Zwei Vortragsveranstaltungen mit Jean-Luc Schwab zur NS-Verfolgung von Homosexuellen	MBWWK	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Gesellschaft und Gedenkkultur		Berücksichtigung der Darstellung von Vielfalt in der Bildsprache der Landesregierung	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur		Die Staatskanzlei berücksichtigt diese Vielfalt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und im Internetportal der Landesregierung.	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur		Werbung für das Mitwirken an der Schaffung von Akzeptanz für die Vielfalt sexueller Identitäten im Rahmen ihres konstruktiven Dialogs mit dem SWR im Sinne von selbstverständlichen Berücksichtigung des Lebens von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern, Intersexuellen und ihrer Familien in den Programmen	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur		Die Ministerpräsidentin greift das gesamte Themenspektrum der Vielfalt und des Diskriminierungsschutzes in Gesprächen und Reden an geeigneten Stellen auf. In der Vergangenheit übernahm Ministerpräsident Beck auch Schirmherrschaften für Christopher Street Days im Land und besuchte Stände von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. beim Rheinland-Pfalz-Tag oder anderen Veranstaltungen. Dieses Engagement wird durch die Ministerpräsidentin fortgeführt werden.	STK	in Bearbeitung	dauerhaft
Gesellschaft und Gedenkkultur		Durchführung einer landesweiten Fachtagung "Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen - Akzeptanz für queere Lebensweisen"	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Gesellschaft und Gedenkkultur	Religion und Kirche	Aufnahme und Fortführung eines Austausches mit den christlichen Kirchen und weiteren Religionsgemeinschaften zum Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Sport		Aufnahme und Fortführung eines Austausches mit dem Landessportbund zum Thema LSBTTI (Homo- und Transphobie im Sport)	ISIM	in Bearbeitung	dauerhaft
Sport		Integration des Themas LSBTTI und Vielfalt in das Straßenfußballprojekt "Balance"	ISIM	umgesetzt	
Sport		Förderung der Präventionsarbeit von Fanprojekten in Zusammenarbeit mit der bundesweiten Koordinierungsstelle im Nationalen Konzept Sport und Sicherheit	ISIM	umgesetzt	
Sport		Erarbeitung eines Fortbildungsmoduls über LSBTTI für Trainer beim Rheinhessischen Sportbund und der Sportjugend	MIFKJF	umgesetzt	
Sport		Sensibilisierung des Landesarbeitskreises Frauen und Gleichstellung beim Landessportbund für das Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend		Beratung von Regenbogenfamilien	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend		Kita-Koffer Familien- und Lebensvielfalt	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Medienliste zum Thema LSBTTI mit dem Landesfilmdienst e.V. entwickeln	MIFKJF	umgesetzt	

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Prüfung mit den Spitzenverbänden der Kindertagesstätten: Thema LSBTTI in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten zu "Körper - Gesundheit - Sexualität und "geschlechtssensible Pädagogik" als Querschnittsthema beachten	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Prüfung mit den Spitzenverbänden der Kindertagesstätten: Vielfältige Familienformen in die Empfehlungen zur Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten einbeziehen	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Fortbildung für Fachkräfte in Kitas: "Eltern in den vielfältigen Familienformen als Erziehungs- und Kooperationspartner sehen"	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Fortbildung für Fachkräfte, die mit Kindern im Grundschulalter arbeiten: "Typisch Mädchen, typisch Jungen ?!" - Geschlechtssensible Pädagogik in Hort und Schule	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Fortbildung für Fachkräfte, die mit Kindern im Grundschulalter arbeiten: "Was macht die Pädagogik, wenn die Pubertät kommt?"	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kindertagesstätten	Fortbildung für Leitungskräfte in Kitas: "Familien bringen Vielfalt in die Kitas"	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Familieneinrichtungen	Projektumsetzung "Lichtpunkte – Fit für Familienvielfalt"	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Familieneinrichtungen	Sensibilisierung und Fortbildung zum Thema LSBTTI in Zusammenarbeit mit der LAG Freiwilligendienste	MIFKJF	umgesetzt	einmalig

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Familie, Kinder und Jugend	Familieneinrichtungen	Thematisierung in der AG Familienpolitik der JFMK	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Familieneinrichtungen	Sensibilisierung der Familieneinrichtungen zum Thema LSBTTI und Regenbogenfamilien in Kooperation mit der Servicestelle "Netzwerk Familie stärken"	MIFKJF	umgesetzt	einmalige Information, dauerhafte Umsetzung in den Häusern
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Förderung des Projektes "Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien"	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Modul "Vielfalt" in das Elternkursprogramm "Auf den Anfang kommt es an!" aufnehmen	MIFKJF	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Beratung von Familien	Informationen über Regenbogenfamilien im Ratgeber Familie aufnehmen	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Beratung von Familien	Sensibilisierung von Fachkräften der Beratungsstellen (Schwangeren-, Ehe-, Familien und Lebensberatung) für das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	MIFKJF	zurückgestellt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Beratung von Familien	Umsetzung des Projekts "Homosexualität und Familie" mit dem LSVD und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Das Thema LSBTTI in geeignete Fortbildungsangebote des sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ) einbeziehen	MIFKJF	in Bearbeitung	dauerhaft

Handlungsfeld	Bereich	Maßnahme	Ressort	Status	Dauer
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Fortbildung für Fachkräfte der Jugendarbeit: "Große Klappe und nichts dahinter!? Jungen und ihre Auftritte - verstehen und nicht bekämpfen" als Querschnittsaufgabe im Bereich LSBTTI	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Fortbildung für Fachkräfte der Jugendarbeit: Zwischen "Gut so!" und "Geht so" - lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, und inter* Jugendliche	LSJV	zurückgestellt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Fortbildung für Fachkräfte der stationären Jugendhilfeeinrichtungen und in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen: "Let´s talk about sex"	LSJV	umgesetzt	einmalig
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Information für Fachkräfte über Gesetzesänderungen oder Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu familienrelevanten Themen im Kontext von LSBTTI	LSJV	umgesetzt	
Familie, Kinder und Jugend	Kinder- und Jugendhilfe	Veröffentlichung von Beiträgen zum Thema LSBTTI in der elektronischen Zeitschrift "Landesjugendamt" und evtl. weiteren Fachzeitschriften	LSJV	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend		Förderung des Landesfilmdienstes zum Ankauf bzw. Verleih von Filmen zum Thema LSBTTI	MIFKJF	umgesetzt	
Familie, Kinder und Jugend		Thema LSBTTI durch das Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes bei Fortbildungen und Fachgesprächen aufgreifen	MIFKJF	umgesetzt	dauerhaft
Familie, Kinder und Jugend		Vorstellung des Landesaktionsplans beim Landesjugendring	MIFKJF	umgesetzt	

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 5a

55116 Mainz

www.mifkjf.rlp.de

www.regenbogen.rlp.de

Verfasser_innen

Birgitta Brixius-Stapf (MIFKJF),
Daniel Hoffmann (MIFKJF),
Klaus Peter Lohest (MIFKJF),
Claudia Vortmann (Schneider
Organisationsberatung)

Stand: September 2015